Wirtschaft

Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Nach den Berichten des Reichsarbeitsministeriums ist die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten Aprilhälfte von 1 882 000 auf 1 784 000, d. h. um 98 000 oder 5,2 Prozent zurückgegangen. Leider werden in Deutschland keine Statistiken über die Arbeitslosenziffern geführt. Wohl wäre es möglich, die Zahl derjenigen festzustellen, die auf den Arbeitsnachweisen registriert sind, was ja auch durch die Stempelstellen geschieht. Die Ziffern zu veröffentlichen, hütet sich das Reichsarbeitsministerium wohlweislich. Die Veröffentlichung würde jäh die Illusionen von dem „Aufstieg der Wirtschaft" in den Proletarierköpfen zerstören. Es würde sich erweisen, daß die Statistik der „Fürsorgen" Faxen sind, daß die Arbeitslosigkeit steigt trotz starker Einstellung in der Landwirtschaft, trotz (wenn auch in geringerem Maße als in früheren Jahren) Einstellungen im Baugewerbe und in verschiedenen kleineren Saisonindustrien. Es würde sich erweisen, daß die Senkung der Unterstütztenziffern ausschließlich auf Entziehung der Unterstützung beruht.

Der Beweis dafür ist Berlin. In Berlin gibt es zwar auch keine Arbeitslosenstatistik, wohl aber eine der Stempelmärkte. Nach den Veröffentlichungen des Berliner Arbeitsamtes sank die Ziffer der Stempelnden in der mit dem 15. Mai endenden Woche ebenfalls um 260 Personen (im ganzen beträgt sie noch 244 652), die Ziffer der Unterstützungsempfänger aber stieg in der Berichtswoche noch um 700! In Berlin werden aber ebenfalls täglich größere Massen aus den Listen der Unterstützungsempfänger gestrichen, das weiß jeder, der die Stempelkarte hat. Die Berliner Ziffern besagen also, daß die Zahl der aus den Betrieben geworfenen um 550 größer ist als die Zahl derjenigen, denen man die Unterstützung entzog und derjenigen, die eingestellt wurden, zusammen.

Ein Blick in die Tagespresse illustriert das. In der Berichtswoche wurden neben unzähligen Einzelentlassungen, Feierschichten und Arbeitszeitverkürzungen stillgelegt: Zeche Hermann bei Bork in Westfalen mit 2500 Arbeitern; Zeche Margarethe in Sölde i. W. mit 1000 Arbeitern. Die Stillegung der Zeche Vollmond und Hugo III wurde beschlossen. Die Kokereien der Zeche Preußen I wurde stillgelegt. Walzwerk Phönix, Düsseldorf-Lierenfeld entließ 1000 Arbeiter. Der Klöcknerkonzern entließ aus seiner Düsseldorfer Abteilung Eisen- und Drahtindustrie 800 Arbeiter. Der Hörder Verein sucht um Entlassungen von 900 Arbeiter der Thomas- und Blockwalzwerke. Desweiteren entläßt dieselbe Gesellschaft am 15. Juni 950 Arbeiter aus den Betrieben, die in den neugegründeten Stahlwerkstrust übergehen. Eine Anzahl Angestellte wurden gekündigt, was die Vorboten zu weiteren Entlassungen sind. Krupp-Essen kündigte einer größeren Anzahl Arbeiter aus den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen. Weiter wird Rationalisierung angekündigt, was ebenfalls soviel wie Hinauswurf großer Massen heißt. Die Reichsbahnwerkstatt Schneidemühl kündigte 400 Arbeitern.

Derartige Listen, wenn auch mit kleineren Ziffern, ließen sich endlos verlängern. Der kapitalistische Schwindelbau kracht in allen Fugen. Vielleicht tragen die Unterstützungsentziehungen dazu bei, daß die Proletarier bald aus dem Schlafe erwachen.

Fortschreitender Prozeß der Grubenstillegungen

Bei der Beratung des Bergwerksetats im Preußischen Landtag erklärte Minister Dr. Schreiber: „Der Prozeß der Grubenstillegungen und Einschänkungen hat seinen Fortgang genommen. **Nicht weniger als 38 Zechen und 11 Kokereien sind im Ruhrrevier zum völligen Erliegen gekommen. Das hat zur Entlassung von 37 000 Arbeitern und Angestellten geführt, daneben sind noch etwa 55 000 Arbeiter durch die Betriebseinschränkungen brotlos geworden. Außerdem haben die arbeitstäglichen Feierschichten im Monat März die ungeheure Zahl von 35 000 erreicht.**"

Die trockenen Zahlen reden eine eindeutige Sprache. 92 000 Bergarbeiter sind völlig aus der Produktion ausgeschaltet und von dem Rest der Beschäftigten müssen täglich 35 000 Arbeiter feiern. Das sind 127 000 Bergarbeiter, für die das Grubenkapital im Ruhrrevier keine Beschäftigung mehr hat. Im Lahn-, Dill- und Sieggebiet sieht es sicher noch brenzlicher aus, denn der Minister vermeidet es, hier Zahlen zu nennen; er sagt nur, daß sich die Lage dort „im Laufe des letzten Jahres immer bedrohlicher gestaltet". Weil diese Gebiet das einzige Manganerzvorkommen Deutschlands umfaßt, erwägt man Notstandsarbeiten, um in seinem Erzbedarf nicht völlig vom Auslande abhängig zu werden. Das heißt soviel, das dort die Bergwerkstätigkeit überhaupt zu erliegen droht. Eine Besserung dieser Lage, so erklärte der Minister ist erst dann zu erwarten, wenn sich die allgemeine Wirtschaftskonjunktur Deutschlands wieder bessert.

Bemerkenswert ist, daß die Regierung selbst von einem Prozeß der fortschreitenden Verschlechterung der Lage spricht. Die Tatsache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist im Bergbau eben allzu deutlich. Wie haltlos aber die Hoffnung auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und damit des Bergbaus ist, zeigen die Tatsachen. Deutschland ist noch mehr wie vor dem Krieg zu einem Teilgebiet der internationalen kapitalistischen Wirtschaft geworden. Der deutsche Bergbau ist damit angewiesen, die Kohle zum Weltmarktpreis zu liefern. Ein guter Teil der deutschen Bergwerke kann dies nicht, weil das Kohlenvorkommen zu gering ist und die Abbauarbeiten verhältnismäßig zu kostspielig sind. Andererseits hat man aber auch bis in die jüngste Zeit hinein Raubbau betrieben und nur dort Kohle abgebaut, wo es mit wenig Kosten verknüpft war. Die schwierigen Strecken, sowie die minder ertragreichen Zechen läßt man heute einfach liegen, weil ihre Ausbeutung keinen Profit mehr verspricht. Durch den Uebergang zur Oelfeuerung und vermehrter Ausnutzung der Wasserkraft wird der Kohle in steigendem Maße das Feld streitig gemacht, was sich in der Zeit der Verengung der Weltwirtschaft verschärft bemerkbar machen muß.

Weil die Transportkosten beim Kohlenpreis einen erheblichen Teil ausmachen, ist der deutsche Bergbau nicht in der Lage, über einen gewissen Umkreis hinaus mit der unter günstigeren Produktions- und Transportbedingungen angebotenen Kohle zu konkurrieren. Andererseits erhält die deutsche Kohle gerade aus diesem Grunde einen gewissen Wirkungsbereich und zwar liegt die Grenze dort, wo die Transportkosten der ausländischen Kohle zu hoch werden, um noch den Durchschnittsprofit zuzulassen und die der deutschen Kohle so gering sind, um denselben zu ermöglichen. Die deutschen Erzbergwerke aber sind derart geringwertig gegenüber norwegischen, schwedischen, kanadischen und anderen Erzgruben, daß ihr Erz trotz geringerer Transportkosten in Deutschland selbst verdrängt wird.

Das Kapital kennt kein Vaterland. Profit ist der Motor, ohne den es sich nicht bewegt. Wo der Profit schwindet, da flüchtet das Kapital und deshalb ist auch schon heute ein großer Teil des deutschen Bergbaus: „Verlassenes Gebiet."

Der grinsende Bankrott

Die Handelsauskunfteien sind in gewisser Beziehung ein Gradmesser der pulsierenden Wirtschaft. Sie sind aber weniger an die Kaufkraft gebunden, da bei zunehmendem Konkurrenzkampf der absatzsuchende Großhandel sich ihrer um so mehr bedienen muß, als er in neue Kundenkreise einzudringen versucht. Allerdings hat sich in der Nachkriegszeit auch die Zahl der Auskunfteien bedeutend vermehrt. In jedem Falle spricht es aber von der Blutarmut der deutschen Wirtschaft und von der sich zuspitzenden Krise, wenn gerade die ältesten und bestfundierten Auskunfteien über den Kopf gehen. Umsomehr, als die Auskunfteien durchweg langfristige Vorauszahlungen eingeführt haben.

Die älteste aller Handelsauskunfteien, die Auskunftei Lesser und Liman (Hauptsitz Berlin mit einer Anzahl Zweigniederlassungen), die überall in der Handelswelt Ansehen genoß, hat die Beschaffung von Auskünften, für die ihr von der Handelswelt vorausbezahlten Anfragescheine vor längerer Zeit eingestellt. Da die genannte Auskunftei jährlich mehrere hunderttausend Anfragescheine verkaufte und eine zweijährige Gültigkeit gewährte, beträgt der Verlust der deutschen Handelswelt bei ihr große Summen. Da sich zudem herausstellte, daß die Auskunftei ihre Büroeinrichtung und Auskunftsarchive schon vor längerer Zeit einem Gläubiger für 30 000 Mk. verpfändet hatte, so gingen die Abonnenten für ihre Forderungen leer aus. Auch die bekannte Handelsauskunftei Adolf Häusermann (Berlin) stellte ihren Geschäftsbetrieb ein, und die Gewerbetreibenden verloren das für die Anfragescheine bezahlte Geld. Im April 1926 stellte die Auskunftei Simon u. Dietze (Leipzig) ihren Betrieb ein. Auch hier verliert die deutsche Industrie einen erheblichen Betrag für vorausbezahlte Anfragescheine.

Der Bankrott grinst der Hindenburg-Republik aus allen Knopflöchern. Der Blutumlauf kommt immer mehr ins Stocken. Nur das Proletariat ist gutgläubig genug, sich für eine illusionäre „Wirtschaftsbelebung" härter auspressen zu lassen, um durch Hungerexperimente seine Peiniger solange als möglich stark und kampffähig zu erhalten.

„Was fällt, das soll man stoßen"

Rationalisierungsprogramm des Reichsfinanzministers.

Wenn die politischen Statthalter des Kapitalismus vor ihren Auftraggebern Bericht geben, reden sie eine offene Sprache. Man ist unter sich und braucht aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Der Reichsfinanzminister und Demokrat Dr. Reinhold hat am 29. April vor dem „Ueberseeklub", einem Verein der Hamburger Pfeffersäcke, sein Programm entwickelt. Einen ganzen Strauß von Maßnahmen, die dem in die Klemme geratenen Kapital auf die Beine helfen sollen, tischte er auf. „Die Regierung verfolgt mit ihren sämtlichen Maßnahmen das Ziel, der Wiederkehr normaler Verhältnisse den Weg zu bahnen und vor allem das Steuerbedürfnis der öffentlichen Hand wieder in ein gesundes Verhältnis zur Steuerkraft zu bringen", so umriß Reinhold die Aufgabe der Regierung. Seine näheren Ausführungen ergeben ein Bild, wie die „normalen" Verhältnisse erreicht werden sollen.

Die Aufgabe der „äußerst rigorosen Steuerpolitik", worin das „Steuermilderungsgesetz" zunächst lindern sollte, steht an erster Stelle. Daß diese Milderung nur dem Kapital zugute gekommen ist, versteht sich. Dann wird versprochen, den „guten" Unternehmungen nicht mehr das Geld abzunehmen, um es den „schlechten" Konkurrenzunternehmungen auf dem Wege des Kredits zur Verfügung zu stellen. Es soll Schluß gemacht werden mit den zweifelhaften Geschäften (Barmat und Kutisker) nach der Devise: „Was fallen will, das soll man auch noch stoßen." Die Verwaltung soll billiger werden; aber das „Heer der Steuerbeamten" sei vorläufig noch nicht zu entbehren. Erst wenn im gesamten Steuerwesen etwas Ruhe eingetreten sei, könne man an Abbau denken. Dann aber sollen die Ausgaben des Reiches beschränkt und Mehrbewilligungen durch die Parlamente verhindert werden. Im besonderen verspricht der Minister, daß die Regierung sich mit allen Mitteln einem Volksbegehren in der Aufwertungsfrage entgegenstellen wird, um die Abfindung der betrogenen Rentner und Kriegsanleihezeichner zu verhindern. Die Arbeitslosenunterstützung ist Reinhold ein besonderer Dorn im Auge und der Zynismus, der aus seinen Worten spricht, ist nicht zu überbieten. **„Bei allem sozialen Empfinden** (ach!) **und bei allen Maßnahmen zur Behebung der sozialen Not darf der Arbeitswille nicht leiden; es muß daher verhindert werden, daß die Unterstützungssätze nahe an die Löhne herankommen."** Die allezeit dienstbeflissenen Professoren und Wissenschafter des Kapitals brauchen nur noch zu beweisen, daß die Proleten bei den „hohen Unterstützungssätzen" ein Schlemmerleben führen. Um das Reich von dieser lästigen Ausgabe ganz zu entlasten, soll die Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden.

Das Programm der Regierung als Weg zu „normalen Zuständen" ist nicht neu. Die Regierung arbeitet mit an der Rationalisierung." Es geht darum, daß die Großen und Starken gestützt, daß die Kleinen und Schwachen vernichtet werden. Das ist die „Freiheit zur Arbeit", die Dr. Reinhold als ein Geschenk des Dawesgesetzes pries. Die Bourgeoisie braucht freie Hand zum Aufräumen unter den Schwachen und Ueberbordwerfen jedes unnützen Ballasts. Mögen auch die ausgeschiedenen Millionen irgendwo im Winkel verrecken, die Großen und Mächtigen leben, die „Rationalisierung" marschiert. Wenn man bei einem Trümmerfeld im gewesenen Wirtschaftskörper in der Konkurrenzfähigkeit der rationalisierten Betriebe auf dem Weltmarkt den „Normalzustand" erreicht, dann ist sicher für diesen Teil der Wirtschaft der tiefste Punkt der Krise überstanden. Doch auch dieses Kapital pumpt mit erhöhter Intensität das verkleinerte Becken des Weltbedarfs voll Waren und wiederum muß man die Schwachen und Kranken über Bord in das Nichts werfen. Das allein ist der Weg zu „normalen Zuständen."

Das Proletariat hat alle Ursache die Augen offen zu halten, denn die Bourgeoisie gräbt mit verzweifelter Kraft am Grab der Gesellschaft. Die arbeitende Klasse ist zuerst dem Tode geweiht, wenn sie nicht beizeiten das kapitalistische Joch abwirft, um sich selbst und damit die ganze Menschheit zu retten.

Zerfallssystem.

Eine der Zerfallserscheinungen die in der Wirtschaftskrise ihre Ursache haben, ist die Prozeßflut. Die Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin veröffentlichen interessante Zahlen über die Belastung der Berliner Gerichte. Danach hat zum Beispiel die Ziffer Mahnsachen am Amtsgericht Berlin-Mitte von 158 379 im Jahre 1912 auf 601 100 im Jahre 1925 zugenommen. Die Ziffern lassen in den ersten Monaten des Jahres 1926 noch ein starkes Steigen erkennen. Auch die gewöhnlichen Prozesse, die im Jahre 1912 232 504 betrugen, dürften im laufenden Jahr auf 500 000 ansteigen.

Die Prosse am Landgericht I zu Berlin weisen ebenfalls eine außerordentliche Steigerung auf. Sie sind gegenüber 1912 von 18 716 im Jahre 1925 auf 42 930 gestiegen; auch hier lassen die Ziffern im Jahre 1926 bereits ein weiteres Ansteigen erkennen.

Neben anderen Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozeßverfahrens hat sich die Kammer auch mit der Raumfrage beim Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigt. Wie der Preußische Justizminister mitgeteilt hat, werden bis spätestens Ende Mai d. J. etwa 100 Räume neu benutzbar gemacht, die für rund 300 Beamte Platz bieten.

Damit ist nur die Seite des Gerichtsverfahrens für Handel, Gewerbe und Industrie. Die kriminelle „Recht"sprechung, die ihre Ursachen in der sozialen Not hat, steigt ebenfalls stark an, wie der „Proletarier" (Nr. 2/3 1926) in einem ausführlichen Artikel nachwies. Schließlich ist noch die enorme unproduktive Verschwendung menschlicher Arbeitskraft zu berücksichtigen, die durch die Schlichtungsausschüsse, Gewerbegerichte, Jugendgerichte, den Verhandlungen großer Scharen Gewerkschaftsbeamte u. a. aufgewendet wird.

Alle diese Widersprüche des kapitalistischen Produktionssystems müssen sich mit den für den deutschen Kapitalismus schwerer werdenden Existenzbedingungen notwendig steigern. Sie sind Folge der Wirtschaftskrise und Wechselwirkung zu deren Verschärfung, da das Riesenheer Beamte durch die produktiv arbeitenden Proletarier ernährt werden muß.

Weltbankier USA.

Wie die „New York Trust Company" mitteilt, betragen Kapital und Zinsenzahlungen europäischer Staaten an Amerika aus den bisher abgeschlossenen elf (Kriegs-)Schuldenfundierungs-Verträgen 180 Mill. Dollar während des am 30. Juni 1926 zu Ende gehenden Fiskaljahres, wie folgende interessante Aufstellung, die wir dem „Index" der bekannten Bank entnehmen, zeigt:

Belgien	3 840 000	Dollar
Tschechoslowakei	3 000 000	„
Estland	483 000	„
Finnland	314 890	„
England	160 900 000	„
Ungarn	67 588	„
Italien	5 000 000	„
Lettland	201 640	„
Litauen	210 100	„
Polen	6 265 000	„
Rumänien	200 000	„
	180 482 728	Dollar

Am 15. November 1925 betrug die Gesamtschuld aus Obligationen fremder Regierungen an die Vereinigten Staaten 10,5 Milliarden Dollar. Aufgelaufene und nicht bezahlte Zinsen betrugen 1,5 Milliarden Dollar, so daß die Gesamtschuld etwa 12 Milliarden Dollar beträgt. Die Gesamtzahlungen seit dem Kriege bis zum 30. Juni 1925 betragen 1 354 000 000 Dollar.

Wie der „Index" erwähnt, ist die Frage der Beschaffung von Devisen zur Zahlung von Schulden für diese Schuldner-Länder fast ebenso schwierig wie für Deutschland. Man nimmt in Amerika an, daß die Schuldenzahlung wahrscheinlich nur mit Hilfe weiterer Anleihen möglich sein werde, so daß Amerika auch weiter der Geldgeber der Welt bleiben wird.

Noch stärker wird die europäische Wirtschaft belastet durch die Kredite des amerikanischen Kapitals an die Industrien. Das ist wohl genügend Beweis dafür, daß Europa trotz aller Rationalisierung nie ein ernstlicher Konkurrent des amerikanischen Kapitals werden kann.

Der Wiener Gemeinde„sozialismus" kracht.

Die Wiener Werkstätten G. m. b. H., die größte der Kunstwerkstätten dieser Art in Oesterreich, und melkende Kuh für sozialdemokratische Größen, hat die Einleitung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens beantragt. Die Passiven betragen 1½ Milliarden Kronen, denen Aktiva in Höhe von 400 000 000 Kronen gegenüberstehen sollen.

Amerikanischer Konkurrenzkampf.

Am 10. Mai war zum erstenmal seit Monaten Zeitgeld auf 9 Monate zum Satze von 4¾ Prozent erhältlich. — In Deutschland beträgt der Satz für Zinsen einschließlich Provisionen weit über 10 Prozent.

Die Preisermäßigung für verschiedene Wagentypen der Chrysler Corporation wird in der Autoindustrie als der Auftakt zu einer neuen Periode scharfen Wettbewerbes angesehen.

Anschwellen der Konkurse in Dänemark.

Die ungünstige Wirtschaftslage Dänemarks findet ihren Ausdruck in einer steigenden Anzahl von Konkursen. Im ersten Quartal 1926 wurden 187 Konkurse angemeldet gegenüber 150 im ersten Quartal 1925 und 177 im letzten Quartal 1925. Auf den Monat März d. Js. entfielen 72 Konkursanmeldnugen, auf Februar 57 und auf Januar 58.

Amerikas Außenhandel im April.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten belief sich im April auf 388 Mill. Dollar (März 1926 375 Mill., April 1925 399 Mill.). Die Einfuhr ist von 445 Mill. Dollar im März auf 398 Mill. zurückgegangen (i. V. 349 Mill.). Die Goldausfuhr betrug 17,884 Mill. Dollar (März 1926 4,225 Mill., April 1925 31,6 Mill.), die Goldeinfuhr 13,126 Mill. Dollar (43,413 Mill. bzw. 8,8 Mill.). Silber wurde für 7,612 Mill. Dollar (8,333 bzw. 9,3 Mill.) aus- und für 6,312 Mill. Dollar (5,539 bzw. 4,9 Mill.) eingeführt.

Der große amerikanische Geldüberfluß gestattet die dauernden Einfuhrüberschüsse. Wenn die Einfuhr trotzdem sinkt, so zeigt das eben, daß die amerikanische Industrie die Auslandskonkurrenz in verstärktem Maße vom amerikanischen Markt verdrängt. Die sinkende Ausfuhr ist auf die fortschreitende Abschwächung der Kaufkraft in Europa zurückzuführen.

Ein japanisches Eisensyndikat.

Die Errichtung des Verkaufssyndikates der japanischen Eisen- und Stahlindustrie ist endgültig beschlossen worden und soll in kürzester Zeit in Tätigkeit treten.

Englischer Papierzoll.

Das Unterhaus hat im Rahmen der Budgetberatungen den Zoll auf Packpakier in Höhe von 16⅔ Prozent angenommen. England bezog bisher viel Papier aus Deutschland. Die Maßnahme ist ein Schlag gegen die deutsche Papierindustrie.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Achtung!

Am **Donnerstag, den 3. Juni 1926**, abends 7½ Uhr, findet eine

kombinierte Funktionär-Sitzung der Union und Partei

statt. Lokal Pickenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstraße 60.

Zentrale.

Dienstag, den 25. Mai 1926, nächste Zentralsitzung bei König, Langestraße 52, abends ½8 Uhr.

Achtung! Frontkämpfertag!

Verbindungslokal für alle Genossen ist: Lokal Schwarzkopf, Neukölln, Fontanestraße 26.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 21. Mai, pünktlich 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend in Grünau (Lokal J. Franz) Köpenicker, Ecke Lahmertstraße. — Thema: Vom Wesen des dialektischen Denkens. — Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen.

Reichstreffen der KAJ. Pfingsten 1926.

Allen Berliner Genossen, Partei, Union und Jugend sowie Sympathisierende treffen sich am Bahnhof Gesundbrunnen am Sonnabend 6,30 Uhr abends, am Sonntag 5,30 Uhr morgens. Abfahrt der Züge am Sonnabend 6,48 Uhr, am Sonntag 6,08 Uhr. Fahrgeld für Hin- und Rückfahrt 1,90 Mk. Rege Beteiligung aller Genossen wird erwartet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sulz, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 40

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Staatsstreich in Polen*)

Der Kampf zwischen der Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum, der Kampf zwischen den Rechts- und Linksparteien in Polen veranlaßte die KP. Polens zu einer Stellungnahme, die sattsam genug hier aus der Praxis der KPD. bekannt ist. Anfangs April veröffentlichte das Zentralkomitee der KP. Polens Thesen, wo sie die Illusion bezüglich des „Kampfes" Pilsudskis und seines Trosses im Interesse der breiten Massen entlarvte, aber um die Illusion zu zerstören, muß man sich — für die Illusion einsetzen, die Pilsudski-Anhänger werden den „Kampf" in die Richtung lenken, daß die „Forderungen der Arbeiter- und Bauernmassen" verwirklicht werden. Weiter unten werden wir uns eingehend mit den sogen. „Forderungen der Arbeiter- und Bauernmassen" befassen. Hier wollen wir vorerst darauf hinweisen, daß die KP. Polens ihre schamlosen Anbiederungsversuche an die Polnische Sozialistische Partei (PPS.) und an andere Linksparteien damit zu beschönigen sucht, daß sie den Faschismus als Schreckenspopanz den breiten Massen auftischt. Das Schlagwort Faschismus wird seitens der Sektionen der III. Internationale zur Verdeckung ihrer heutigen konterrevolutionären Politik im Interesse Sowjetrußlands gehandhabt. Im Falle Polens besteht die Gefahr des Faschismus, d. h. die Ausnützung der rebellierenden kleinbürgerlichen Massen als Werkzeug gegen das klassenbewußte Proletariat im Interesse des Großkapitals in ebensolchem Maße, wie in Deutschland. Doch solange in Polen der Einfluß der konterrevolutionären Arbeiterparteien auf die Massen nicht gebrochen ist, solange besteht für das Großkapital keine Notwendigkeit, die kleinbürgerlichen Massen in Stoßtrupps gegen die Arbeiterschaft zu organisieren. Unterdessen führt die Großbourgeoisie ihre arbeiter- und bauernfeindliche Politik unter tatkräftigster Unterstützung der Linksparteien durch, wie es die Regierung des Koalitionskabinetts Krcynski's schlagend bewiesen hat. Und das ist selbstverständlich, denn bei den gegebenen Verhältnissen in Polen kann sogar eine Regierung der KP. Polens keine andere Politik treiben, wenn sie auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung bleiben will. Deshalb betreibt die KP. Polens den schamlosesten Massenbetrug, wenn sie den Massen die Hoffnung einflößt, die Linksparteien könnten durch den Druck der Massen ihre grundsätzliche Einstellung und Politik ändern und obendrein auch noch im Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen. Wir haben hier in Deutschland zur Genüge die ähnliche Taktik der KPD. der SPD. und Gewerkschaften gegenüber kennen gelernt, um ein für allemal diese Taktik als eine für die Klärung und Revolutionierung der Massen schädliche zu verwerfen und bis aufs Messer zu bekämpfen. Aber noch eine andere Seite dieser Taktik offenbart sich: das allmähliche und unauffällige Verseuchen der Massen mit reformistischen und konterrevolutionären Gedankengängen, was den Sektionen der III. Internationale die Anbiederung und schließliche Verschmelzung mit der II. Internationale den Weg bahnt. Wollen wir am Beispiel der KP. Polens dieses Manöver der Bolschewisten dem Reformismus und der Konterrevolution Tür und Tor zu öffnen illustrieren. Am 12. Mai erschien ein Aufruf des ZK. der KP. Polens, wo die breiten Massen zum Kampfe Seite an Seite mit Pilsudski aufgerufen werden: „Der Platz der revolutionären Arbeiter ist aber in diesem Kampfe in den Reihen der Gegner der Regierung (!!) der Faschisten und Kapitalisten. Nieder mit der reaktionären Regierung (!!)! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!" Aus diesem Abschnitt des Aufrufs ist klar ersichtlich, daß die KP. Polens nur die Regierung als solche bekämpft, aber nicht die Ordnung, die die Grundursache des Elends der breiten Massen darstellt. Genau so wie in Deutschland nur die jeweiligen Regierungen, wie z. B. Cuno, Luther etc. bekämpft wurden, aber die Ordnung selbst, die famose Republik, kann unangetastet bleiben! Die Rettung aus der Not stellt in Deutschland wie in Polen die „Arbeiter- und Bauernregierung" dar. Besehen wir uns näher die Hauptforderungen der KP. Polens, dargelegt im Flugblatt vom 12. Mai. Hier ist der Strauß: 1. Fortführung der stillgelegten Betriebe unter Kontrolle der Arbeiterschaft; 2. entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zu Gunsten der armen Bauern; 3. völlige Freiheit für die unterdrückten nationalen Minderheiten; 4. Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen; 5. Entwaffnung der Reaktion (!!); 6. Bewaffnung der Arbeiterschaft; 7. Arbeiter- und Bauernregierung.

Die erste „Hauptforderung" läßt einen Marxisten geradezu sprachlos werden. Die Betriebe, die die Kapitalistenklasse Polens infolge Unrentabilität oder Absatzmangel stillgelegt haben, sollen unter der Kontrolle der Arbeiterschaft (!!) weitergeführt werden. Wenn das möglich wäre, so hätten doch die Kapitalisten diese Möglichkeit profitabel zu arbeiten nicht aus der Hand gegeben! Wenn es nach dem Wunsche der KP. Polens gehen sollte, so müßten die kontrollierenden Arbeiter vom Staate (vom bürgerlichen selbstverständlich) Zuschüsse bekommen, um die Betriebe weiter laufen zu lassen. Bestünde die Aussicht, vom Staate Gelder zu bekommen, so wären die Kapitalisten die ersten, die diesen Weg beschritten hätten. Wenn also die Betriebe stillgelegt werden, ist doch die absolute Sicherheit da, daß es im Rahmen der kapitalistischen Ordnung nicht anders zu machen geht! Denn von der Abschaffung der bestehenden Ordnung ist kein Sterbenswörtchen im Aufruf enthalten! Sie wollen doch nur die „reaktionäre Regierung (!!)" stürzen, nichts mehr! Wir sehen also, daß die „Hauptforderung" einen puren Unsinn darstellt!

Die zweite „Hauptforderung" ist eine geradezu konterrevolutionäre Forderung! Es bedeutet die Armee der Konterrevolution um das Vielfache zu verstärken, um die Unzahl von kleinen Grundbesitzern, die, wie es Rußland glänzend bewies, die grimmigsten Feinde des Kommunismus stellen. Waren es nicht immerfort die Klagen der Bolschewisten, die ihre Konzessionen und Rückzüge gegenüber dem Kapital mit dem Vorhandensein der 85 Proz.

*) Siehe KAZ. Nr. 40.

Das Ende einer Phrase

Anläßlich des Szenenwechsels im Kabinett Stresemann hat es das deutsche Kapital für notwendig gehalten, sowohl durch den „neuen" Kanzler als auch in einem Aufruf der „Deutschen Volkspartei", die Legende zu zerstören, daß mit diesem Personenwechsel irgendwelche Konzessionen verbunden wären an die Phrase: Fürstenenteignung durch Volksentscheid. Auch bezüglich der großen „Aktion" Severings läßt das Kapital keinen Zweifel darüber, daß diese Spielerei ihm wohl nicht schaden kann (im Gegenteil, das Kapital braucht den Kredit der Sozialdemokratie bei den Massen), daß es sich aber vorbehalten muß, in Zukunft diese „Streifzüge" je nach Bedarf selbst anzuordnen. Man muß gelesen haben, was die Herren für notwendig halten, von neuem zu betonen:

„Durch die kommunistische Hetzarbeit ist es dahin gekommen, daß das deutsche Volk am 20. Juni darüber entscheiden muß, ob den ehemals regierenden Fürstenhäusern ihr gesamtes Vermögen bis zum letzten Rest privaten Eigentums ohne Entschädigung weggenommen werden soll. Ein solches Verfahren würde gegen Moral, Recht und Verfassung verstoßen. Die Regierung hat auf unsere Forderung den Weg beschritten und den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches eine Vorlage unterbreitet, die eine ausreichende Wahrung der Allgemeininteressen ermöglicht. Im Reichsrat hat die unter sozialdemokratischer Leitung stehende preußische Regierung dieser Vorlage zugestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung ablehnt.

Der zur Volksabstimmung gestellte kommunistische Gesetzentwurf widerspricht der Verfassung, die den Schutz des Privateigentums verbürgt. Er widerspricht auch der Haltung, welche die Sozialdemokratie selbst in den Tagen der Revolution unter Führung Eberts eingenommen hat. Offen sprechen es die Kommunisten aus, daß mit den Fürsten nur der Anfang gemacht, daß die Konfiskation alles übrigen Eigentums einschließlich der Ansprüche auf Pension und Renten erfolgen soll. Die Enteignung soll der Anfang der neuen Revolution sein. Würde sich eine Mehrheit für den kommunistischen Gesetzentwurf ergeben, dann würden die Grundmauern unseres staatlichen Lebens zerstört, jede Ordnung untergraben, jede Kultur vernichtet. Unsere Parole lautet: Keine Beteiligung am Volksentscheid! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern!"

In einer weiteren Erklärung des Reichsausschusses der DVP. heißt es:

„Die Deutsche Volkspartei hat entsprechend ihrer Geschichte und Tradition stets in Wort und Tat jeden gewaltsamen Umsturz, jeden Putsch und alle illegalen Verbände entschieden verurteilt. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes, seine Wirtschaft und außenpolitische Geltung bedarf einer ruhigen und verfassungsmäßigen Entwicklung im Innern. Dieser Standpunkt ist so bekannt, daß der Reichsausschuß stärksten Einspruch erheben muß, wenn die preußische Staatsregierung bei den Führern und angesehenen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Haussuchungen wegen Verdachts des Hochverrats abhalten läßt."

Der „Vorwärts" benutzt diese Dokumente, um seinem Partner von links, der KPD., ins Stammbuch zu schreiben, daß angesichts dieser Sachlage es selbst für einen Sozialdemokraten undenkbar ist, daß den Herrschaften von der KPD. durch „Unbesonnenheiten" Vorwände geliefert werden, die zu Argumenten für die Aufrichtung einer offenen Diktatur dienen könnten. Nur jetzt Ruhe, Ruhe gerade jetzt und um jeden Preis! — Das ist der Inhalt der Einheitsfront. —

Der „Rote Frontkämpfertag" in Berlin verlief ruhig. Die Zentrale der KPD. hat sich dafür verbürgt, daß nirgends und in keiner Weise etwas polizeiwidriges geschieht. — **Die Erwerbslosenziffern steigen!**

So hofft man, mit den Parolen: „Für den Volksentscheid" und „Laßt Euch nicht provozieren" glücklich über den Sommer in den Winter zu kommen, während die Krise unaufhaltsam wächst. Die schreienden Ueberschriften in der „Roten Fahne" verkünden immer aufdringlicher diesen Kurs. Das Kapital jedoch erklärt nüchtern — das ist der Sinn obiger Dokumente: „Volksentscheid" — unseretwegen? Ueber die Stellung der Sozialdemokraten ist von uns schon früher bestimmt. Der Film kann ablaufen, ohne daß wir uns verpflichtet fühlen, auch nur einen Moment davon zu schweigen, daß der Prolet zu verrecken hat, wenn der Kapitalprofit es erheischt. Das Kapital erklärt frech und gottesfürchtig: Letzten Endes sind wir da, um ein Spiel zu unterbrechen, daß uns auch nur Unannehmlichkeiten bereiten könnte. **Das Kapital rollt offen auch hier die Machtfrage auf! Diktatur des Proletariats oder Diktatur des Kapitals steht auch hier klar und unzweideutig zur Entscheidung.**

„Nun erst recht Volksentscheid!" Diese Bankrottparole der „Roten Fahne" auf die klare Fragestellung des Kapitals zeigt, wie weit die KPD. auch in der Phraseologie davon entfernt ist, dem Proletariat in den kommenden Stürmen die unvermeidliche und notwendige Lösung zu vermitteln. Die „Rote Fahne" schwört Stein und Bein, daß die Enteignung der Fürstensippe kein Anfang zur Enteignung überhaupt sein soll, und erklärt offen, daß sie nicht gewillt ist, an den Grundmauern der kapitalistischen Ordnung zu rütteln. Sie erklärt jeden für einen Demagogen, der ihr eine solche Absicht unterschiebt. Sie hat sich damit zum Anreißer der Sozialdemokraten bekannt und den offenen Kampf für ihre Aufgaben eröffnet, die durch das Bündnis Stresemann - Kresinski vorgeschrieben sind.

Es wird nicht zu verhindern sein, daß die reformistische Ideologie sich erst nach der zusammengebrochenen ökonomischen Grundlage zu zersetzen beginnt. Die Krise des Reformismus ist zwar die logische Folge der Krise des Kapitalismus, aber die subjektive Einsicht hinkt lange hinter den tatsächlichen Ereignissen her. Mit allen Mitteln der Demagogie, der radikalen Phrase, des Appells an die Dummheit suchen die beiden sozialdemokratischen Parteien ihren Bankrott zu verdecken, die sozialdemokratische Blechmusik als revolutionären Donner hinzustellen. Aber es kann nicht gelingen.

Es darf auch nicht gelingen! Das revolutionäre Proletariat muß systematisch, unerschrocken, zielklar auf den Plan treten, um den Massen — die schon zu zweifeln beginnen — ihre historische Mission zum Bewußtsein zu bringen. Eine gefährliche Phrase fängt an, ihre Urheber zu entlarven. — Die Krise jedoch dauert fort, verschärft sich und demonstriert die ungeheuere Arbeit, die noch zu leisten ist, bis die proletarische Revolution die Grundlagen zerschlägt, auf der der Arbeiterbetrug gedeiht, wie Unkraut im ungepflügten Acker.

Bauern — Kleingrundbesitzer, begründeten?? Also die Forderung 2 ist am besten dazu angetan, der proletarischen Revolution in Polen das Grab zu schaufeln. Die Forderung 3 ist eine nichtssagende Floskel! Was soll es bedeuten: völlige Freiheit der unterdrückten nationalen Minderheiten? Für uns Marxisten gibt es nur einen Unterdrückten in der heutigen Ordnung: das Proletariat. Und die Tatsachen bestätigen auch diese marxistische Binsenwahrheit: in Polen verbünden sich die besitzenden Klassen der entsprechenden nationalen Minderheiten mit ihrem „Unterdrücker": der polnischen Bourgeoisie gegen das Gesamtproletariat. Die Forderung 4 ist nur dazu angetan, Sympathie für die KP. Polens innerhalb der Arbeiterschaft zu wecken. Eine reale Bedeutung hat sie nicht, den Fall ausgenommen, wenn ein sozialer Umsturz in Polen zustandekommt. Die Forderung 5 zeugt entweder von einer maßlosen Naivität der KP. Polens, oder ist eine bewußte Irreführung der Massen. Was versteht die KPP. unter dem Schlagwort Reaktion? Sind es die Linksparteien gegenüber dem Proletariat nicht weniger als die Rechtsparteien? Ist der KP. Polens die Henkerrolle der PPS. dem revolutionären Proletariat gegenüber unbekannt? Kann sie es wagen zu behaupten, die Truppen des Demokraten Pilsudski werden nicht ihre Bajonette gegen die breiten Massen wenden? Diese Forderung, so radikal sie auf dem ersten Blick scheinen mag, verdeckt nur die Stärkung der kleinbürgerlichen Konterrevolution! Und das mit Hilfe der KP. Polens! Die sechste Forderung wird bei den bestehenden Verhältnissen nur eine Phrase bleiben, insbesondere bei der Einstellung der KP. Polens zur proletarischen Revolution. Die siebente stellt sofort die KP. Polens bloß, denn mit welchen Parteien will sie denn die Arbeiter- und Bauernregierung bilden: mit den konterrevolutionären PPS. und „Wyzwolenie". Da enthüllt sich die wahre Frätze der bolschewistischen Sektion Polens! Sie wollen die Arbeiterklasse in den Dienst der Konterrevolution einspannen, um nur eine Regierung in Polen ans Ruder zu bringen, die „Sowjetrußland gegenüber eine wohlwollende Stellung einnimmt!"

Politische Rundschau

Die Angst der russischen Gewerkschaften vor zu „hohen" Löhnen

In der „Welt am Abend", die bedingungslos in die Kerbe der III. Internationale schlägt, und auch von dieser großgepäppelt wurde, findet sich in der Nr. vom 22. Mai folgende Notiz:

„Auf der in Moskau tagenden Konferenz des Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrates wurde das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsorganen und den Administrationen der Konzessionsbetriebe erörtert. Die Konferenz erkannte an, daß dieses Verhältnis einen ausschließlich offiziellen und streng geschäftlichen Charakter tragen müsse. Gemeinsame Beratungen der Konzessionäre mit den Gewerkschaftsorganen sind unzulässig. **Die teilweise vorgekommenen Versuche seitens einiger Konzessionsfirmen, den Arbeitern und Angestellten höhere, als in den Gewerkschaftstarifen vorgesehene Löhne zu zahlen, müssen von den Gewerkschaften vereitelt werden.** Die Gewerkschaftsorgane müssen die strenge Durchführung aller in dem Gesetz über den Arbeitsschutz enthaltenen Bestimmungen kontrollieren, **dürfen jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetregierung an der Heranziehung ausländischen Kapitals für einige Wirtschaftszweige interessiert ist und dürfen daher keine Forderungen stellen, die die Konzessionsfirmen zur Liquidation bringen könnten.** Personen, die an den Einkünften und am Gewinn der Konzession beteiligt sind, dürfen nicht als Mitglieder in die Gewerkschaften aufgenommen werden."

Das Gefasel von der Ablehnung „gemeinschaftlicher Beratungen" muß man der „Welt am Abend" schenken. Daß die Gewerkschaften im Interesse der „sozialistischen Industrie" gegen die „hohen" Löhne der Privatindustrie kämpfen müssen, damit der „Sozialismus" nicht durch die Privatindustrie in den Augen der Arbeiter diskreditiert wird, kennzeichnet zur genüge ihre Rolle. Die Tatsache, daß außerdem der Kampf um den Arbeiterschutz in die dem Kapital genehmen Formen geleitet wird, läßt die russischen Gewerkschaften überreif für Amsterdam erscheinen. Hoffentlich sind die letzteren nicht so bösartig und drehen ihnen ob ihrer Politik des Lohndrucks und Kapitalfreundlichkeit einen Strick. Denn der Radikalismus, den die „Welt am Abend" durch ihr konfuses Gestammel, daß keine Konzessionäre oder daran Interessierte Gewerkschaftsmitglieder sein dürfen, ist eine Blüte, die in ihrer ganzen Schönheit erst dann sichtbar wird, wenn man zwei Zeilen zuvor liest, daß die russischen Gewerkschaften ob ihrer selbst willen das Privatkapital unterstützen müssen, und demnach die Gewerkschaften, die Organe des „sozialistischen Staates", aus sich selbst ausgeschlossen werden müßten. — Wahrhaftig, der russische „Kommunismus" wird immer interessanter.

Die Spaltung der SPD.

Wenn der sozialdemokratische Parteivorstand einen offiziellen Aufruf losläßt gegen die Spalter in der SPD., so weiß jeder, der die Politik der SPD. kennt, daß es sich nicht um den Ausschluß von ein paar Leuten handelt. Nachdem alle Versuche, die 23 in Sachsen zur Vernunft zu bringen, endgültig gescheitert sind, bleibt dem Zentralvorstand nichts mehr anderes übrig, als im „Vorwärts" vom 22. Mai (Morgenausgabe) in die Welt hinauszuverkünden:

„Die übrigen 21 Abgeordneten" — zwei haben Berufung eingelegt — „haben öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie sich über die organisatorischen Bestimmungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinwegsetzen, **daß sie sich nicht mehr als Mitglieder unserer Partei betrachten, daß sie zur Gründung einer eigenen Organisation übergehen und mit eigenen Kandidaten den sächsischen Landtagswahlkampf gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führen wollen.**

Interessant jedoch ist der Schluß des Aufrufes, es heißt da:

„Wer vorgibt, r e a l p o l i t i s c h zu handeln und die Kraftquellen des proletarischen Einflusses verstopft, **ist der opportunistischen Phrase in stärkerem Maße anheimgefallen, als der wüsteste Phrasenheld revolutionärer Demagogie.** Der Parteivorstand wird alles daransetzen, um die Hoffnung unserer bürgerlichen Gegner auf eine Parteispaltung in Sachsen zuschanden zu machen. Es wird sich zeigen, daß der Gedanke des organisatorischen Zusammenschlusses und die parteigenössische Disziplin der sächsischen Arbeiterschaft unzerstörbar ist. Deshalb wird der mit so viel Lärm unternommene Spaltungsversuch der 23 Abgeordneten kläglich zusammenbrechen. **Dazu gehört freilich in der sächsischen Parteiorganisation die Pflege bewußt demokratischer Organisationsarbeit, die den verschiedenen Auffassungen innerhalb der Partei Raum und Möglichkeit gibt, die sich nicht in Splitterrichterei verlieren darf, sondern dem großen Gedanken des Sozialismus Rechnung trägt.** Nicht Rechthaberei, sondern **Toleranz** und **gegenseitige Achtung** sind die Voraussetzung für die organisatorische Geschlossenheit einer Millionenpartei. Uniformität des Denkens ist nur in Sekten möglich. In dieser Auffassung ist die Sozialdemokratische Partei groß und stark geworden. Aus dieser Auffassung heraus hat sie die Spaltung der Kriegszeit überwunden und an dieser Auffassung muß der Spaltungsversuch, der jetzt in Sachsen unternommen wird, zerschellen!"

Auf deutsch also: der Kurs der 23 ist richtig. Jedoch so schnell geht die Sache nicht. Es geht nur so, daß sie ihre Politik innerhalb der Partei durchsetzen. Wenn sie das wollen, dann alle Achtung. Mit den revolutionären Demagogen, die einen Bauer, der wieder Gelegenheit bekam, seine „Auffassung" innerhalb der Partei durchzusetzen, — einen Noske, einen Wels — nicht die nötige Achtung entgegenbringen, werden wir schon fertig. In diesem Sumpf ist die SPD. doch dick und fett geworden und hat sogar den Krieg überstanden. Mit der steigenden Krise des Kapitalismus und der Notwendigkeit, den demokratischen Zuchthausstaat gegen das rebellierende Proletariat zu schützen, ist das Gebot der Stunde, alle Männer wieder heranzuziehen, die sich bewährten. — Nur darf man nicht all zu offen sagen, was man will, wie die 23. Wenn die das nicht begreifen, so ist das sehr bedauerlich, aber nicht zu ändern.

Die 23 gehen nur den konsequenten Weg der SPD., und verhehlen nicht, was sie wollen. Sie zeigen mit ihrem offenen Auftreten, wie der „Sozialismus" der SPD. aussieht. Sie wissen, daß das Gerede von dem „Sozialismus" der SPD. nur das Gerede **„von wüsten Phrasenhelden revolutionärer Demagogie"** ist, und daß die Logik bezüglich der Politik der SPD. auf ihrer Seite ist, das zeigt die für Idioten berechnete Demagogie der SPD. gegenüber dem Kabinett Marx.

Die Arbeiter mögen sich jedoch gesagt sein lassen — dafür ist die Stärke der SPD. Beweis — solange diese bis auf Nieren und Knochen korrumpierte Partei nicht von dem sich auf revolutionärer Grundlage sammelnden Proletariat zerschlagen ist, solange triumphiert der Kapitalismus über das vom Sturm der Krise gewürgte Proletariat.

Der „Kampf" der KPD. gegen die SPD.

Es ist egal, wer das Geld bekommt.

Daß der „Volksentscheid"-Rummel für die KPD. nur ein Mittel ist, die Arbeiter zu verdummen, haben wir wiederholt gezeigt. Wie schamlos sie jedoch selbst der SPD. Geld zuzuschieben sich bemüht, geht aus einer der vielen Anweisungen hervor, die jetzt wieder die „Rote Fahne" füllen. In einem Artikel: **Mobilisiert die Gewerkschaften** in der „Roten Fahne" vom 23. Mai wird gleich im ersten Abschnitt befohlen:

„Zur Durchführung der Kampagne **müssen alle vorhandenen Positionen in den Gewerkschaftsverbänden voll ausgenützt werden.** Das muß in erster Linie geschehen durch folgende Maßnahmen der in den Gewerkschaften tätigen Genossen:

a) In Gewerkschaftsorganisationen, die in der Mehrzahl von Kommunisten besetzt sind, müssen Versammlungen einberufen und zum Volksentscheid Stellung genommen werden. Dazu sind, soweit notwendig, kommunistische Redner anzufordern. Durch die Verwaltungen solcher Organisationen bezw. durch die Mitgliederversammlungen ist die aktivste Unterstützung der Kampagne zu beschließen. Die Unterstützung soll sowohl eine materielle als auch ideologische sein. **Die Beschlüsse müssen die Verwaltungen verpflichten, der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei als Organisationen der Kampagne zur Aufbringung der Unkosten einen Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, soweit möglich, soll auch die Herausgabe von Flugblättern und sonstigem Propagandamaterial durch die Verbände erfolgen."**

Es ist also schon ganz gleichgültig, ob die Noskepartei das Geld bekommt, ob die Gewerkschaften selbst die Arbeiter „aufklären", oder ob dies die KPD. besorgt. Es macht dies ja einer so gut wie der andere, Noske oder Stampfer so gut wie Pieck oder Thälmann. Wer hätte sich träumen lassen, daß die Einheitsfront solche revolutionären Schanzen bietet? Die Proleten der KPD. dürfen den demokratischen Verdummungsfeldzug der SPD. und Gewerkschaften unterstützen, dürfen mit den Flugblättern des ADGB. und der Gewerkschaften die Revolution vorbereiten, und die von ihnen gezahlten Beiträge in die Gewerkschaften finden durch die revolutionäre Taktik der KPD. ungehindert den Weg in die Kassenschränke der Bauer-Stampfer-Partei. Es ist wirklich ganz unerklärlich, daß viele Proleten eine solche Taktik nicht begreifen, und, statt sich in die leninistische Front einzureihen und mit Noske den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen, solch antileninistischen und kleinbürgerlichen Tendenzen unterliegen, deren Inhalt der antibolschewistische Kampf gegen die Noske-Partei und ihre Stiefelputzer ist.

Deutsche Streikbrecherkohle

Im deutsch-oberschlesischen Kohlenrevier wurden in der Zeit vom 3. bis 9. Mai 305 809 t Kohle gefördert gegen 270 599 t in der Zeit vom 26. April bis 1. Mai, arbeitstäglich demnach 50 968 t gegen 45 109 t. Der Gesamtabsatz ohne Selbstverbrauch und Deputate stieg von 248 554 t auf 295 122 t. Die Kohlenbestände konnten eine Abnahme von 139 863 t auf 135 347 t erfahren, während die Koksbestände von 168 045 t auf 172 538 t stiegen.

Diese Ziffern beweisen deutlich, welche Rolle die deutschen Gewerkschaften beim englischen Bergarbeiterstreik spielten. Die Berichtswoche ist die erste Woche des englischen Bergarbeiterstreiks. Englische Kohle wurde in Nordostdeutschland verbraucht, wo nach ihrem Ausbleiben die oberschlesische

„Aus dem Gewerkschaftssumpf"

„Die freigelben Berufsverbände des ADGB. als Zuchtanstalten für das Proletariat."

Unter obigem Titel ist vom „Verlag freier Gewerkschaftsbund" Neukölln eine kleine Broschüre erschienen, die die Auffassung vertritt, wie sie von der KAPD. und AAU. seit Jahren vertreten, und in der Praxis angestrebt wird. Die Broschüre behandelt den „Zentralverband der Maschinisten und Heizer"; es wird jedoch ausdrücklich betont, daß dieser Berufsverband nur ein Glied des Systems ist, das es zu zertrümmern gilt. Wir müssen offen bekennen, daß uns von einem „Freien Gewerkschaftsbund" bis heute nichts bekannt geworden ist, und wir den Verdacht hegen, daß es sich hier wohl um einen Versuch handelt, mit an sich richtigen Argumenten, die fast wörtlich mit Begründungen der AAU. und KAPD. übereinstimmen, eine Vereinigung der Splitter, die von den alten Gewerkschaften abgespalten sind, unter einen Hut zu bringen, um den alten Kurs unter den Klängen neuer Musikanten fortzusetzen. Es ist ganz charakteristisch, daß die Broschüre die AAU. mit keinem Wort erwähnt. Unseren Genossen fällt die Aufgabe zu, Genossen, die dieser Splitterorganisation angehören, darüber aufzuklären, daß sie nach dem ersten Schritt auch den zweiten tun müssen, und die AAU. die Organisation ist, die die Sammlung des Proletariats auf revolutionärer Grundlage auf ihre Fahnen geschrieben hat; daß es kein Mittelding geben kann. Wir lassen hier den letzten Abschnitt der Broschüre folgen:

„Die große Herde der Mitglieder in den alten Berufsverbänden wird geführt von einer Führerbrut, die gar nicht daran denkt, einen Kampf mit dem Kapital auf Tod und Leben aufzunehmen. Diese Führerbrut reichte mit Ausbruch des Krieges den imperialistisch-kapitalistischen Kreisen den kleinen Finger und heute und in all den Jahren, die seit 1914 hinter uns liegen, hat die moralische Verlumpung in dem alten Gewerkschaftssystem einen Grad erreicht, daß dieses Geschmeiß einer obersten Führerbürokratie in dem kapitalistischen Sumpf völlig aufgegangen ist. Die Gewerkschaftsbesitzer von heute, deren ganzes Denken erfüllt ist, den kapitalistischen Wiederaufbau zu ermöglichen und zu festigen. Diese Kapitalslakaien, welche Gewerkschaftsgelder in Aktien der Hütten- und Metallindustrie investieren, selbst also als „Arbeiterführer" am Dividendenschlucken interessiert sind und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verewigen.

Die großen politischen Skandalprozesse, der Ebertprozeß in Magdeburg, der Prozeß von Blumenstrauß-Auer in München müßten jedem denkenden Arbeiter die Augen geöffnet haben über den Grad der eingetretenen moralischen Verlumpung, über den Abgrund von Gesinnungslumperei, Korruption, Verrat und Heuchelei, daß kein Arbeiter mehr für die Folge auch nur einen Groschen für dieses System opfert. Die mangelnde kritische Erkenntnis in den Arbeitermassen macht es diesen mit allen Wassern gewaschenen Jesuiten in der Spitzenbürokratie der alten Berufsgewerkschaften leicht, ihren verderblichen Einfluß für die ganze proletarische Klasse aufrecht zu erhalten. Die Indifferenz unserer Arbeiterklasse im wirklichen Erkennen der eigentlichen Ursachen all dieser Skandalvorgänge, der moralischen Verkommenheit ist ein Aktivposten für dieses System. Wenn diese Passivität der Arbeiterklasse weiterhin bestehen bleibt, dann wird der heutige Ohnmachtszustand des Proletariats zur Dauererscheinung sich auswachsen.

Die Arbeiterklasse muß selbst Träger ihres Geschickes sein, muß selbst Schmied ihres Schicksals werden. Das kann sie nicht, solange sie an der moralischen und materiellen Unterstützung der alten Gewerkschaftsform festhält. Die Gewerkschaftsfrage ist seit langem für das gesamte Proletariat zu einer verdammt ernsten Sache geworden. Es ist wirklich höchste Zeit, daß die Arbeitermassen das maskierte Spiel der Gewerkschaftsbürokratie, dieser Kettenhunde des Kapitals, durchschauen und zu der einzig richtigen Erkenntnis gelangen, den alten Plunder dieser historisch überlebten Organisationsform in Atome zu zerschmettern. Diese Führersippschaft muß völlig entwurzelt, muß ihre Machtunterlage unter den Füßen weggezogen werden.

Nicht mit der Beseitigung der alten Führerkaste unter Beibehaltung des alten Organisationssystem ist den Interessen der Arbeiterklasse gedient, sondern es gilt, will das Proletariat aus diesen Fangarmen heraus, den Kampf gegen das ganze System aufzunehmen. Bisher hat sich die Arbeiterklasse immer im Kreise gedreht und ist immer wieder auf den alten Ausgangspunkt zurückgekommen. Einmal muß der alte Weg verlassen werden, weil derselbe immer tiefer in den Sumpf führt und die Kräfte der Arbeiterklasse sich dabei hoffnungslos verzehren.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst ein, sagt Karl Marx. Sollen diese Worte Wahrheit werden und die Arbeiterschaft muß wollen, dann muß der Sturm gegen das ganze System des organisierten Verrats von außen angesetzt werden.

Wenn neuerdings von der komunistischen Partei die Parole unter die Arbeitermassen getragen wird: „Hinein in die Gewerkschaften", dann kann die Wirkung einer solchen Parole nur die sein, daß für die fernere Zeit das tausendfach belogene und betrogene Proletariat erneut der ideologischen und organisatorischen Beeinflussung elender Gaukler ausgeliefert wird. Die tiefen, grundsätzlichen Unterschiede werden mit einer solchen Parole nicht überbrückt. Diese Parole dient nur dazu, die Gegensätze zu überkleistern, ohne das Uebel an der Wurzel zu fassen. Es genügt nicht, einige Personen zu entfernen und dann den Nachfolgern die gleiche Hegemonie personeller Macht einzuräumen. Das Proletariat selbst soll Träger der gewerkschaftlichen Macht sein und das kann nur erreicht werden, wenn das alte System der absoluten Führerautorität zertrümmert wird.

Wir müssen der Arbeiterklasse sagen, diesem System der Versorgung einer Führerklasse in den eigenen Reihen jeden Groschen zu verweigern. Wir müssen die Arbeiterklasse auffordern, von diesem System der Unfreiheit, der Unterdrückung des Verrats sich abwenden. Wir müssen dem Proletariat ferner sagen sich als ganze Klasse auf wirtschaftlichen Kampfboden, auf den Boden einer Einheitsorganisation für alle Arbeiter und Angestellte zusammen zu schließen. Nicht beherrscht von einer Armee von besoldeten Aufpassern, sondern als bestimmender und entscheidender Faktor über die so zu errichtende Gewerkschaftsmacht. Die Arbeiterklasse muß begreifen lernen, daß sie sich als Ganzes, als Klasse in einer Organisation vereinigen muß und daß sie nur ein Ziel, einen Zweck unverrückbar, unentwegt fest im Auge behält, seine Kräfte zu sammeln für einen entscheidenden Vorstoß gegen den Kapitalismus.

Die Zeit der tiefsten Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse muß überwunden werden. Die Verwüstungen, welche das kleinbürgerliche Führerpack mit seiner ideologischen Beeinflussung der Klassenharmonie, der Arbeitsgemeinschaft, an dem Klassenkampfgedanken des Proletariats angerichtet hat, müssen beseitigt werden. Je mehr und je schneller die Arbeitermassen von dem alten System des Verrats, aus diesen modernen Zuchtanstalten sich lösen, um so rascher wird die Erkenntnis der eigentlichen Aufgaben des Proletariats in den Massen wachsen. Ein scharfumrissenes Programm als Inhalt für den auszutragenden Kampf, Selbst- und Kraftbewußtsein bei jedem einzelnen Kämpfer, dann wird das Proletariat die heutige Ohnmacht und Passivität überwinden, wird am eigenen Kraftgefühl erstarken und sich der ihm zugewiesenen geschichtlichen Mission gewachsen zeigen.

Der revolutionäre Marxismus muß wieder Gemeingut der Massen werden. Es gilt die Arbeitermassen geistig zu emanzipieren, ihnen an Hand der materialistischen Geschichtsauffassung die Verhältnisse zu analysieren, um sie aus dem Sumpf der bürgerlichen Ideologie herauszuführen. Es gilt den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus aufzurichten. Dieses Ziel muß das Proletariat um seines eigenen Lebens willen fest im Auge behalten und dieses Ziel wird die Arbeiterklasse nur erreichen im harten Kampfe mit der Kapitalistenklasse und im schonungslosen Kampf gegen die Verräter in den eigenen Reihen."

Streikbrecherkohl eindrang. Der Koks wird — neben dem geringen Hausbrand — in den Hüttenwerken Oberschlesiens selbst konsumiert und blieb infolge deren schlechter Beschäftigung liegen. Natürlich werden die oberschlesischen Bergarbeiter auch ihre 5 Groschen auf die Sammellisten für die „englischen Brüder" zeichnen und ihre Gewerkschaft wird ihnen vorreden, daß sie „Solidarität" geübt haben.

In der Tat ist das Solidarität, aber mit dem deutschen wie mit dem englischen Kapital.

W i r t s c h a f t

Steigende Arbeitslosenziffer

Nach dem Bericht des Berliner Landesarbeitsamtes ist in der Woche vor Pfingsten die Arbeitslosenziffer um weitere 1724 gestiegen. Es waren 246 376 Personen bei den Berliner Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 244 652 der Vorwoche. Darunter befanden sich 161 857 (161 667) männliche und 84 519 (82 985) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 130 878 (130 281) männliche und 58 467 (57 719) weibliche, insgesamt 189 345 (188 000) Personen. Durch die Erwerbslosenhilfe wurden 29 624 Personen unterstützt. Außerdem waren bei Notstandsarbeiten beschäftigt 4189 (4161) Personen.

Für das gesamte Reich wurden am 1. Mai 1 784 000 Hauptunterstützungsempfänger angegeben gegen 319 656 am 1. Mai 1925 und 570 783 am 1. Mai 1924. Die Hauptunterstütztenziffer dieses Jahres ist also fünfeinhalbmal so groß als im Vorjahre um dieselbe Zeit, mehr als dreieinhalbmal so groß als am 1. Mai 1924. Diese Feststellung ist nötig, da das Berliner Arbeitsamt die jetzige Erwerbslosenziffer als „n u r e i n W e n i g e s von rund 47 000" „im Vergleich zur Zahl der Arbeitsuchenden im Januar 1924, dem Höhepunkt der Krisis des Arbeitsmarktes nach der Inflation" hinstellt. Das „Weniger" im Mai 1924 gegen Januar 1925 mag für Berlin zutreffen die Vergleiche hinken aber. In den beiden Vorjahren ging trotz der geringen Ziffer im Mai die Erwerbslosenziffer verhältnismäßig schnell zurück, in diesem Jahre steigt sie. Die Lage am Arbeitsmarkt ist als gegen die beiden Vorjahre katastrophal zu nennen. In Berlin alleine ist die Arbeitslosenziffer gegen die gleiche Zeit des Vorjahres sogar sechsmal so hoch! Das ist die Ueberwindung des „Tiefpunktes der Konjunktur", von dem gerade jetzt wieder, auch in der sog. Arbeiterpresse zur Beruhigung der Arbeiter viel Tinte verschmiert wird.

Der deutsche Außenhandel im April

Sinkende Ausfuhr — steigende Einfuhr.

Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz hat sich im April gegenüber dem Vormonat beträchtlich vermindert. Der Ausfuhrüberschuß im April beträgt insgesamt nur noch 53 Mill. RM. im reinen Warenverkehr 56 Mill. RM. gegen 278 Mill. RM. im März und 121 Mill. RM. im Februar.

Es betrug in 1000 RM. nach Gegenwartswerten die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	April 1926	März 1926	April 1926	März 1926
Lebende Tiere	8 060	8 027	726	1 065
Lebensmittel und Getränke	267 601	220 039	28 326	45 203
Rohstoffe und halbfertige Waren	357 022	331 591	152 902	190 458
Fertige Waren	90 393	85 607	597 354	686 414
Reiner Warenverkehr	723 085	645 264	779 308	923 140
Gold und Silber	5 888	41 547	2 387	3 825
Insgesamt:	728 973	686 811	781 695	926 965

Es betrug in 1000 dz die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	April 1926	März 1926	April 1926	März 1926
Lebende Tiere	75	69	1	1
Lebensmittel und Getränke	6 519	4 738	1 570	2 255
Rohstoffe und halbfertige Waren	25 736	22 860	27 400	29 343
Fertige Waren	780	718	6 402	6 661
Waren aller Art	33 111	28 384	35 376	38 260

Die geringe Ausfuhrsteigerung der Vormonate ist also sehr schnell wieder abgeebbt. Die Ausfuhr ist gesunken, die Einfuhr gestiegen. Ein neuer Beweis dafür, daß die deutsche Industrie weiter vom Weltmarkt verdrängt wird und die amerikanische Konkurrenz sich den deutschen Markt erobert. In der gesteigerten Ausfuhr macht Brotgetreide einen bedeutenden Posten aus. Die Wiedereinfuhr haben wir im Herbst vorausgesagt, als man die Ausfuhr des in Deutschland selbst nötigen deutschen Brotgetreides als Wirtschaftsgesundung anpries. Die gesunkene Ausfuhr ist herbeigeführt durch den Ausfall an Fertigwaren.

Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion.

Entsprechend der rückläufigen Konjunktur ist die Eisen- und Stahlproduktion im April stark zurückgegangen. Nach den Veröffentlichungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in der Zeitschrift „Stahl und Eisen" ist die Roheisenproduktion auf 668 203 (gegen 716 654 t im März) und die Rohstahlproduktion auf 868 557 (949 762) Tonnen zurückgegangen. Für die Zeit vom Januar bis April 1926 ergeben sich im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres folgende Produktionsziffern:

in Tonnen	Januar bis April 1926	Januar bis April 1925
Roheisen	2 705 687	3 670 136
Rohstahl	3 425 321	4 610 141

Gegen das Vorjahr ergibt sich für die vier ersten Monate des Jahres ein Rückgang von rund 25 Prozent bei Eisen und 26 Prozent bei Stahl. Von den insgesamt 208 deutschen Hochöfen waren im April 1926 80 in Betrieb. Die Produktionsfähigkeit der Hochöfen war nur zu 43,8 Prozent ausgenutzt.

Stagnation in Südamerika.

Das amerikanische Handelsamt gibt eine Uebersicht über die Geschäftslage in Südamerika, aus der hervorgeht, daß in Argentinien eine allgemeine Stagnation zu bemerken ist. Nachrichten aus Brasilien besagen, daß das Nachgeben der Gummipreise infolge rückläufiger Konjunktur der Weltautoindustrie nachteilig auf die Wirtschaftsverhältnisse eingewirkt hat. In Chile herrscht eine allgemeine Geschäftsflaute. Erneut werden Salpeterwerke geschlossen, wodurch im Norden des Landes Arbeitslosigkeit hervorgerufen wurde. In Peru werden die Aussichten der Einfuhr für den Kleinhandel weiter schlecht beurteilt. Die Ausfuhrbewegung gestaltet sich sehr schleppend. Aus Honduras liegen Berichte vor, aus denen zu entnehmen ist, daß dort das Geschäft sehr darniederliegt. Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden. Die Ausfuhr hält sich unter dem normalen Stande. In der Textilindustrie Mexikos zeigt sich einige Besserung, da in dieser große ausländische Kapitale arbeiten, die die niedrigen Löhne ausnützen und die europäische Konkurrenz vom Weltmarkt verdrängen.

Schlechte Arbeitsmarktlage in Oesterreich.

Der Stand der unterstützten Erwerbslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Monats Mai um rund 2000 auf 78 000 zurückgegangen, wozu noch 7000 kommen, die im Bezug augenblicklicher Beihilfen stehen. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen beläuft sich damit auf rund 85 000, das ist immer noch rund 12 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Krise in Frankreich

Die Inflation in Frankreich ist in das Stadium getreten, wo sie sich notwendig gegen die Wirtschaft kehren und ausfuhrhemmend wirken muß. Im Durchschnitt des Jahres 1925 waren noch 4 Papierfranken gleich 1 Goldfranken. In den letzten Tagen wurden nun in Frankreich für das englische Pfund 176, für den Dollar reichlich 35, und für 100 deutsche Reichsmark 824, außerbörslich sogar 850 Franken gezahlt. Das sind ungefähr 7 Papierfranken gleich 1 Goldfranken. Die Regierung, die dem Franken wieder mal zu erliegen droht, hat große Interventionen (Stützungskäufe) im In- und Auslande vorgenommen. Es gelang ihr aber nur, den Franken ganz unwesentlich höher zu bringen und auch nur vorübergehend zu halten.

Rein äußerlich gesehen, an der Valuta gemessen, steht Frankreich heute etwa in einem Inflationsstadium, wie Deutschland im Winter 1920-21. Kaufkraft, Staatsfinanzen und Wirtschaft sind aber weit mehr zerrüttet. Auf der einen Seite die Scheinprosperität von Industrie und Handel, die mit dem Steigen der Devisenkurse von Woche zu Woche höhere Preise für ihre Waren erzielen, die dank des Valutadumpings, das die Differenz von innerer und äußerer Kaufkraft des Franken ermöglicht, ihren Absatz nach dem Auslande immer höher steigen sehen und noch nicht begriffen haben, daß diese Exportsteigerung in Wirklichkeit ein Schleuderausverkauf ist, der Substanzverlust und Verarmung bedeutet. Auf der anderen Seite die große Masse derjenigen, deren Einnahmen mit der Entwicklung der Währung nicht Schritt halten, die stumm und wehrlos herabgleiten und täglich tiefer eintauchen in das Meer von Elend, aus dem es keine Rettung gibt. Auf der einen Seite eine kleine Oberschicht, die, weil sie im papiernen Reichtum schwimmt, die Nutznießerin dieser verhängnisvollen Entwicklung zu sein glaubt, und die doch, genau wie s. Zt. in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei u. a., die auf Kosten der Arbeiterklasse so mühelos erworbenen Gewinne eines Tages in Nichts zerrinnen sehen wird. Auf der anderen Seite der verzweifelte und aussichtslose Kampf der Millionen, die ihr Existenzminimum ständig zurücksinken sehen. Die Preise stiegen in wenigen Tagen um 25 Proz., was für die Arbeiterklasse, für das große Rentner- und Kriegsbeschädigtenheer eine Reduzierung der Lebenshaltung um den vierten Teil bedeutet. Eine neue Streikwelle muß die unausbleibliche Folge sein.

Um die Massen zu beruhigen und sie von der wirklichen Ursache ihres Elends abzulenken, sehen wir heute in Frankreich dieselbe Politik wie s. Zt. in Deutschland: Scheinkampf der Regierung gegen Devisenspekulation und Teuerung, Kontrolle des Kleinhandels, während sich auf der anderen Seite zwischen Produzenten und Konsumenten der Kettenhandel geschoben hat, die Flucht aus dem Franken in die Ware, was die Kaufkraft noch mehr beschneidet, und eine großzügige Flucht des Großkapitals nach dem Auslande stattfindet.

Dem französischen Kapital und den Gewerkschaften ist es bisher immer wieder gelungen, die Unruhe der Massen in demokratische Bahnen zu lenken. Erst versprachen sie den Arbeitern goldene Berge vom Versailler Vertrag, dann von der Dawesierung Deutschlands und heute von einer Schuldenregelung und einem Anleiheabkommen mit England, die in den nächsten Tagen angeblich von Erfolg sein sollen. Schließlich verspricht die Regierung den Massen eine Erleichterung von einer Devisenzentrale, die in den nächsten Tagen zustande kommen soll mit dem Zweck, die private Spulation zu unterbinden. Man macht sich also daran, die Auswirkungen der europäischen Wirtschaftskrise zu bekämpfen, ohne an den Ursachen zu rühren.

Die Frankeninflation ist der Regierung unheimlich, weil mit den oben angedeuteten Verhandlungen in London um die Kriegsschulden und um eine Anleihe, Verhandlungen um die Stabilisierung des Franken parallel laufen. Das jetzige französische Budget wurde aufgestellt, als der Franken im Verhältnis von 100—110 zum Pfund stand. Schließlich haben die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland schon zu einem Ausgleich über die Verteilung der Saar-Eisenproduktion geführt und sind bei der Verteilung der Absatzgebiete auf dem Weltmarkt angelangt. In den Verhandlungen mit Deutschland, in erster Linie aber mit England muß sich die französische Regierung zu Konzessionen bereit erklären, die nur auf Kosten der Arbeiterklasse und der großen Masse kleinen Privat- und Kriegsrentner ausgeglichen werden können. Eine Belastung des Kapitals würde schon jetzt die Stillegung der Produktionsmittel im Gefolge haben.

Auf der anderen Seite haben die nach dem Auslande geflüchteten Frankenkapitale ein Interesse am weiteren Sinken des Franken. Sie machen durch Verkäufe die Käufe der Regierung wieder wett. Das französische Kapital, ob es für den Export arbeitet oder für den inländischen Kettenhandel, hat an der Inflation insofern ein Interesse, als diese einen Abbau der Löhne bedeutet und eine Zurückzahlung der Regierungskredite, entwertete Steuerzahlung u. a. Schließlich aber beginnen selbst die produzierenden französischen Kapitalisten — entgegen den Inflationshyänen — zu begreifen, daß die immer weitergehende Bedrückung der Arbeiterklasse Auswirkungen zeitigen muß, die gegen sie selbst schlagen werden. Das französische Kapital hat etwa 500 000 europäische Arbeiter ins Land gezogen und eine mehrfachgroße Anzahl Arbeiter aus den afrikanischen Kolonien, um (durch seine Schleuderkonkurrenz) die Produktion für den Weltmarkt zu bewältigen. Die Regierung hat vor Jahren für Madagaskar und für das Saargebiet eigene Währungen eingeführt, zog 400—500 Millionen Franken aus den Ländern, lieh sie dem Schwerkapital und erhielt sie entwertet zurück. Der gesteigerten Ausfuhr steht eine ebenfalls gesteigerte Einfuhr gegenüber. Aber schon die Einnahmen für die gesteigerte Ausfuhr sind, am Goldwert gemessen, wertmäßig weit zurückgeblieben. Trotz der weitersteigenden Ausfuhr beginnt schon jetzt sich Arbeitslosigkeit bemerkbar zu machen (ein Beweis für die gesunkene Inlandskaufkraft) und man sieht ein Riesenarbeitslosenheer im Falle der Frankenstabilisierung voraus. Regierung und Gewerkschaften sind bemüht, die weißen ausländischen Arbeiter außer Landes zu bringen, angeblich um Lohndrücker zu beseitigen, in Wirklichkeit jedoch sind es die Stabilisierungsfolgen, die sie fürchten.

Frankreichs Außenhandel Januar-April passiv.

Nach der amtlichen französischen Statistik belief sich die Einfuhr nach Frankreich in den ersten vier Monaten 1926 auf 15 903 697 t im Werte von 19 842 953 000 Francs, was eine Steigerung um 793 032 t und um 6 041 622 000 Franc gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet. Die Ausfuhr aus Frankreich stellte sich in den ersten 4 Monaten des Jahres 1926 auf 10 534 940 t im Werte von 17 580 751 000 Francs, was gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einer Steigerung um 447 468 t und um 3 148 493 000 Francs gleichkommt. Der Passivsaldo beträgt mithin 2 262 202 Francs.

Die Inflation in Belgien

Wirkungslos gegen die amerikanische Konkurrenz.

Die belgische Wirtschaft ist mit der französischen so wesenseins, daß beide Valuten immer gleich rutschen. Der belgische Frank ist, am Pfund gemessen, in wenigen Wochen von 107 auf 170 entwertet. In London, bei den Stabilisierungsverhandlungen des belgischen Franken, die als abgeschlossen gelten können, hat man denn auch dem Pfund 200 Franken zugrunde gelegt.

Der belgische Index zeigt die Tendenz sich der Valutaentwertung anzupassen. Und da ist es wertvoll zu beobachten, daß trotzdem die amerikanische Konkurrenz nicht nur die belgische vom Weltmarkt zu verdrängen beginnt, sondern sich sogar den belgischen Inlandsmarkt erobert. — Trotz der Frankenentwertung um reichlich 60 Proz. in kurzer Zeit, verkauft die amerikanische Automobilindustrie in Belgien zu alten Frankpreisen, während die belgische Industrie der Entwertung wenigstens einigermaßen folgen muß. Neben einigen anderen Industrien ist es hauptsächlich die Automobilindustrie, die von der amerikanischen Serien-Massenproduktion erdrückt wird. Die belgische Minerva-Gesellschaft, die hochwertige Qualitätswagen herstellt, wird durch die amerikanische Konkurrenz weniger geschädigt, weil sie sich an ein kaufkräftiges Publikum wendet, das für die amerikanischen Serienwagen nicht in Frage kommt. Nicht in der gleichen glücklichen Lage ist aber die Metallurgique Gesellschaft. Diese hat sich genötigt gesehen, zum 1. Mai ihre Anlagen in Marchienne-au-Pont zu schließen und 400 Arbeiter zu entlassen. Man rechnet damit, daß der gesamte Betrieb dieser Firma demnächst stillgelegt werden wird. In ähnlich schwieriger Lage sollen sich eine Reihe von Fabrikanten befinden, welche Automobilersatzteile herstellen.

Dieser Kampf des amerikanischen Kapitals hat für die deutsche Industrie eine weit größere Bedeutung. An der Erhaltung Belgiens ist die Eifersucht der europäischen Industriestaaten gleichermaßen interessiert, ebenso Amerika. Das amerikanische Kapital kann seine Konkurrenzfähigkeit noch sehr viel steigern, da es heute Riesenprofite einheimst; ebenso sind die amerikanischen Löhne weit mehr abbaufähig als die deutschen. Das deutsche Proletariat wird gut tun, die Konsequenzen daraus zu ziehen, die darin liegen, daß es weder durch seine Gewerkschaftstaktik, noch durch sein billigeres Schuften den Kapitalismus und sich selbst gesund machen kann.

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern

Wir entnehmen folgende Zahlen einem Artikel der „Roten Fahne" vom 13. Mai. Wir verweisen darauf, mit welcher Selbstverständlichkeit die „Rote Fahne" hier die Massenarbeitslosigkeit in Rußland, dem „Arbeiter- und Bauernstaat" registriert, ohne sich auf ihre eigenen Parolen: Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß — zu besinnen.

Australien: Im vierten Quartal 1925 betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder 8,1 gegen 7,9 im dritten Vierteljahr und 10,3 Prozent im letzten Quartal des Vorjahres.

Belgien: Nach den Berichten von 139 Arbeitslosenkassen mit insgesamt 593 244 Mitgliedern waren am 27. Februar 8616 oder 1,45 Prozent der Mitglieder gänzlich und 18 209 oder 3,10 Prozent teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentsätze waren im Vormonat 2,70 und 5,35, im Februar 1925 1,70 und 4,60 Prozent.

Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende März 23,2 gegen 28,3 im Vormonat und 14,7 im März 1925. Ende April wurden im ganzen Lande 52 167 Arbeitslose gezählt, gegen 64 378 Anfang April und 35 900 Ende April 1925. Die Folgen der Deflationskrise machen sich demnach noch immer stark bemerkbar.

Deutschland: In der Zeit vom 1. bis 15. April ist die Zahl der im Deutschen Reich unterstützten Erwerbslosen von 1 942 500 auf 1 884 000 zurückgegangen. Von den von der Zählung erfaßten Gewerkschaftsmitgliedern waren Ende Februar 22 Prozent arbeitslos und 21,6 Kurzarbeiter. Die entsprechenden Sätze waren Ende Januar 22,6 und 22,6, Ende Februar 1925 4,2 und 5,3.

Frankreich: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende März 10 146 gegen 11 320 Ende Februar und 13 838 Ende März 1925.

Großbritannien: Von den 980 127 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende März 99 271 oder 10,1 Prozent arbeitslos, gegen 10,4 Prozent im Vormonat und 9 Prozent Ende März 1925. Von den ungefähr 11 892 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende März 9,8 Prozent arbeitslos, gegen 10,5 Prozent Ende Februar und 11,1 Prozent Ende März 1925. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende März 1 070 000, gegen 1 169 000 Ende Februar und 1 249 000 Ende März 1925. Während sich demnach die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder gegen März 1925 um 1 Prozent erhöhte, hat sich die Zahl der arbeitslosen Versicherten im selben Zeitraume um 1,1 Prozent verringert, was wohl auf die Arbeitslosenpolitik der Regierung (nämlich einen großen Teil der Armenunterstützung und den Arbeitshäusern zuzuweisen. D. Red. „R. F.") zurückgeführt werden kann. Ende April wurden nur noch 990 600 Arbeitslose gezählt.

Holland: Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am 10. April 27 150 gelernte und 28 000 ungelernte männliche Arbeitsuchende eingetragen. Hiervon kann jedoch ein Teil nicht als gänzlich arbeitslos bezeichnet werden. Die entsprechenden Zahlen waren am 13. Februar 41 100 und 35 000, Anfang April 1925 30 840 und 31 890. Nach den Angaben von 110 Arbeitslosenkassen mit 278 675 Mitgliedern waren in der Woche 22. bis 27. März 15 962 oder 5,6 Prozent gänzlich und 5541 teilweise arbeitslos. In den drei vorhergehenden Wochen betrug der Prozentsatz der gänzlich arbeitslosen Mitglieder 9,1, 7,4 und 6,4, Ende März 1925 5,7 Prozent.

Italien: Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Januar 156 139 gegen 122 200 Ende Dezember und 156 382 Ende Januar 1925. An denselben Zeitpunkten betrug die Zahl der teilweise Arbeitslosen 9284, 8870 und 10 067, die Zahl der auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unterstützten Arbeitslosen 24 221, 19 584 und 22 432.

Kanada: Nach Angaben der Gewerkschaften waren Ende Februar 8,1 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 8,1 Prozent im Vormonat und 9,5 Prozent Ende Februar 1925. Der Beschäftigungsprozentsatz (1920 = 100) war Beginn März 91,5 gegen 90,7 im Vormonat und 87,0 Beginn März 1925.

Norwegen: Am 15. April betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 24 645, davon 2898 Notstandsarbeiter. Am 15. März waren die entsprechenden Zahlen 26393 und 5287, im April 1925 14 372 und 2567.

Oesterreich: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 15. April 174 881. Hierzu kommen jedoch noch ungefähr 31 000 Arbeitslose, die keine Unterstützung erhalten. Mitte März wurden 207 959 unterstützte Arbeitslose gezählt, im März 1925 175 581.

Polen: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen am 27. März 346 000, gegen 362 310 im Februar und 183 640 Ende März 1925.

Rußland: Genaue Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit in ganz Rußland liegen nicht vor. (!!R.) Aus einem Bericht im Gewerkschaftsorgan „Trud" geht hervor, daß die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen in **Moskau** eingezeichneten Arbeitslosen am 1. April **135 918 betrug, d. h. 31 713 mehr als am 1. März.** Aus **Leningrad** wird gemeldet, daß die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder in den letzten 8 Monaten **von 67 500 auf 79 500 gestiegen ist.** Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingezeichneten Arbeitslosen ist zu gleicher

Groß-Berlin: Freitag, den 28. Mai, Mitgliederversammlungen in den Unterbezirken

Zeit von 54 500 auf 82 500 gestiegen. Da etwa 30 000 der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nicht bei den Arbeitsnachweisen eingetragen sind, **beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Leningrad über 100 000.** (Ueber die Arbeitslosigkeit in Rußland haben wir vor kurzem an dieser Stelle ausführlich berichtet. D. Red. „RF.")

Schweden: Von den Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Februar 14,4 Prozent arbeitslos, gegen 15,9 Prozent Ende Januar und 13,5 Prozent Ende Februar 1925. Nach den Angaben der amtlichen Arbeitslosenkommission hat sich die Zahl der eingetragenen hilfesuchenden Arbeitslosen im Februar um 2 Prozent vermindert und betrug Ende des Monats 23 000.

Schweiz: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Februar 18 138 gegen 20 525 im Vormonat und 11 834 Ende Februar 1925.

Ungarn: Ende Januar waren von 163 000 Gewerkschaftsmitgliedern 28 378 oder 17,4 Prozent arbeitslos gegen 26 711 oder 16,4 Prozent im Vormonat und 22 436 oder 13,6 Prozent Ende März 1925.

Vereinigte Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht der auf Grundlage einer 9540 Unternehmen in 52 Industrien mit 2 952 165 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Februar um 1,1 Prozent zugenommen. 38 Industrien wiesen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (1923=100) war im Februar 1926 94,3, gegen 93,2 im Vormonat und 91,6 Prozent im Februar 1925.

Lettland: Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen der 5 größeren Städte eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Januar 4990, gegen 5097 im Vormonat und 4314 Ende März 1925.

Die Arbeitslosigkeit in England nach dem Streik.

London, 20. Mai (TU.). Wie das englische Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien in der am 10. Mai endenden Woche 1 576 000, das sind **470 084 mehr als in der Vorwoche** und **391 749 mehr als vor einem Jahr.** Außer diesen 1 576 000 Arbeitslosen sind noch weitere 325 000 Ansprüche von Leuten angemeldet worden, die infolge des Bergarbeiterstreiks arbeitslos geworden sind. Daneben liegen noch 200 000 weitere Ansprüche aus anderen Industrien vor.

Aus der Bewegung
KAP. und AAUE.*)

Viele Mitglieder der AAUE. verneinen die Notwendigkeit einer Partei neben der Union, da sie fürchten, daß die Union eine „zweitklassige Organisation" wird, die unter der Bevormundung der Partei steht. In der Angst vor der Bevormundung steckt die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Union. Diese Beziehungen stellen sich die Mitglieder der AAUE. ähnlich denen der Sozialdemokrate zu den Gewerkschaften vor. „Die KAPD.", schreibt Broh, „degradiere die Union zu einem nur wirtschaftlichen Gebilde, das sie bevormundet, genau wie die SPD. und KPD. die Gewerkschaften bevormunde." („Aktion", Nr. 1/3, 1925.) Wir verlassen vorläufig die Frage, ob die Existenz einer Partei, d. h. der KAPD. die Union zu einem „nur wirtschaftlichem Gebilde" degradiere, um diese der Beziehungen zwischen KAPD. und AAU. zu betrachten. Vorher müssen wir jedoch bemerken, daß nicht die Sozialdemokratische Partei die Gewerkschaften bevormundet, sondern umgekehrt — die Gewerkschaften die Schrittmacher der Sozialdemokratie waren und sind. Es ist bekannt, daß Anfang dieses Jahrhunderts die Sozialdemokratie und speziell die deutsche Sozialdemokratie, die Anerkennung ihrer politischen Führung seitens der Gewerkschaften verlangte. Besonders hartnäckig verlangte das der radikale, orthodoxe Flügel der Sozialdemokratie, welcher glaubte, daß mit der Anerkennung der Führerrolle der Sozialdemokratie seitens der Gewerkschaften eine Position im Kampfe gegen die Hauptquelle des Revisionismus — dem gewerkschaftlichen Reformismus erkämpft wird. Die Gewerkschaften haben den Versuch einer „Bevormundung" seitens der Sozialdemokratie abgelehnt und ihr sogar ihre Politik und Idiologie aufgezwungen. Heute wissen wir daß eine Anerkennung der Führerrolle der SPD. seitens der Gewerkschaften sie nicht vor der Versumpfung im Reformismus bewahren konnte — nicht nur weil die SPD. selbst als Ganzes schon ein stinkender Sumpf war, sondern weil nicht mit einem Beschluß über ihre Führerrolle Revisionismus und Reformismus bekämpft werden konnte, im Gegenteil nur mit ihrer Politik und Tätigkeit. Die KAPD. ist der Auffassung, daß eine formelle Anerkennung der Partei als „Kopf", „Elite" usw. bei weitem noch nicht eine solche ist und auch ohne eine formelle Anerkennung kann sie der Kopf sein — das hängt von ihrer revolutionären Tätigkeit ab. Die KAPD. ist auch der Meinung, daß die Partei durch ihre Weitsichtigkeit wirklich ein Kopf sein kann ohne die Union zu bevormunden, **genau so wie die Organisation der Rätekommunisten in der AAUE., sie nicht bevormundet hat.**

Welches sind die Beziehungen zwischen KAPD. und AAU.? Alle Mitglieder der KAP., die ihre Arbeitskraft verkaufen, d. h. 99 Proz., sind auch Mitglieder der Union und dabei nicht als Mitglieder 1. Klasse, sondern wie alle anderen, mit gleichen Rechten und Pflichten. Sie haben selbstverständlich wie alle anderen Unionisten das Recht eine Meinung zu haben, sie zu verteidigen und in der gesamten Union durchzusetzen. Wir betonen, daß es kein Privileg der Mitglieder der KAPD. ist, sondern Recht aller Mitglieder der Union. Dabei können die Mitglieder der KAPD., wie alle anderen Mitglieder der Union, ihre Meinung einzig und allein durch deren Ueberzeugungskraft durchsetzen. Kann man dann die Beziehungen der KAPD. zur Union als Bevormundung bezeichnen? Augenscheinlich nicht! Andernfalls hat also die Organisation der Rätekommunisten die AAUE. auch bevormundet. Um die Haltlosigkeit und den demagogischen Charakter der Behauptung, daß die Existenz einer Partei neben der Union eine Bevormundung bedeutet, zu ersehen, müssen sich die Mitglieder der AAUE. der Argumente erinnern, mit denen die Rätekommunisten die Beschuldigungen der Bevormundung von seiten der Organisationsverneiner ablehnten.

„Wir Rätekommunisten", schreibt ein Vertreter ihrer Reichsinformationsstelle, „haben nie versucht, den Uebrigen unsere Organisationsbestrebungen mit Gewalt aufzudrängen. Wenngleich wir davon überzeugt sind, daß nur durch die Verwirklichung der von uns vertretenen Auffassung die AAUE. ihrer historischen Aufgabe geweckt werden wird, haben wir immer den uns gegnerischen Wirtschaftsbezirken und Gruppen nur Vorschläge gemacht, wie nach unserer Meinung der Revolution am besten gedient ist." („Aktion", Heft 13, 1923.)

Das hindert jedoch nicht die „antiautoritären" Führer der AAUE., die gestern „Rätekommunisten" waren und heute als „Lesergemeinde der Aktion" oder „Rettungsgesellschaft für die Aktion" von Pfemfert sind, demagogisch zu wiederholen „Wir bleiben also, ohne überheblich zu sein, dabei, daß eine Partei auf keinen Fall den Gedanken der Nichtbevormundung verkörpern kann." — („Einheitsfront" Nr. 52, 1925)

Die AAUE. verwirft die Partei, da sie mit ihrer angeblichen Bevormundung die Selbstbewußtseinsentwicklung der Mitglieder der Union kennt. Jeder bewußte Arbeiter versteht, daß die Partei nicht die Union bevormundet, und daß ihre Existenz nicht die Klassenbewußtseinsentwicklung hemmt; umgekehrt: Der Zusammenschluß der Arbeiter, die eine klare Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung haben, die stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten, begünstigt die Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats und im besonderen das der Mitglieder der Union. Da der Prozeß der Klassenbewußtseinsentwicklung nur als Wirkung Bewußter auf Unbewußte möglich ist — und infolge dessen, um so besser vom Standpunkt der Klassenbewußtseinsentwicklung, wenn diese organisiert ist. Eine andere Auffassung können nur die verschiedenen „Naturkommunisten", „Organisationsverneiner", „Individualpsychologen" usw., die in der AAUE. herumlaufen, haben. Die Ablehnung der KAP. wegen Bevormundung und Hemmung der Klassenbewußtseinsentwicklung zeigt, daß die Organisationsverneiner in der AAUE. legitime Kinder ihres Geistes sind; da jede Organisation nach der Logik der Theoretiker der AAUE. den unorgansierten Teil der Arbeiterklasse „bevormundet" und dadurch seine Klassenbewußtseinsentwicklung hemmt, folglich ist nicht nur die KAPD., sondern jede Organisation (auch die AAUE.) konterrevolutionär, folglich muß nicht nur diese der KAPD., sondern jede Propaganda und Agitation, jede revolutionäre Tätigkeit eingestellt werden, um jeden nach seiner Art selig werden zu lassen. Wollen die Mitglieder der AAUE., die noch nicht von den Offenbarungen des „Proletarischen Zeitgeistes" und der „Revolution" verseucht sind, nicht diese idiotische Konsequenz ziehen, wollen sie ernsthaft gegen einen solchen Geist kämpfen, so müssen sie dann eine derartige Argumentation gegen die Existenzberechtigung der KAPD. und letzten Endes gegen jede Organisation ablehnen.

Es ist notwendig bei einer Reihe von „Argumenten" gegen die KAPD., die in unmittelbarer Verbindung mit dem anarcho-syndikalistischen Geist der AAUE. stehen, länger zu verweilen. Für die anarcho-syndikalistische Ideologie der Theoretiker der AAUE. ist folgende programmatische Erklärung charakteristisch:

„Obgleich sie auf dem Boden des historischen Materialismus steht und die Verdienste von Karl Marx voll anerkennt und auswertet, so ist sie doch nicht ausgesprochen marxistisch in dem Sinne, wie es modernes Marxpfaffentum täglich demonstriert. **Sie anerkennt im gleichen Maße die Verdienste anderer Theoretiker, wie Bakunin, Kropotkin u. a. und nimmt von allen das gegenwärtig Brauchbare und für das Proletariat Nützliche."** („Einheitsfront" Nr. 5, 1925.)

Dieser geschmacklose Eklektizismus, diese Ergänzung Marx' mit Bakunin, Kropotkin u. a. seitens der Theoretiker der AAUE. spricht deutlich und genug, wie weit sie auf dem „Boden des historischen Materialismus" stehen. Das zeigt besonders ihre Hilflosigkeit in der Frage der Autorität. Die AAUE., wie die Anarchisten, sieht das größte Weltübel in der Autorität und deshalb ist sie eine antiautoritäre Organisation. Das abstrakte „antiautoritäre Prinzip" führte die AAUE. nicht nur zu der Einheitsfront mit den Anarcho-Syndikalisten, sondern einen Teil direkt zu den Anarchisten (Hamburg) und einen anderen zur Verneinung jeder Organisation. Den „Kampf" gegen das Phantom „Autorität" führte einen Teil zur Ablehnung der Diktatur des Proletariats und einen anderen vom Föderalismus zur völligen Verneinung der Organisation.

Eines der wichtigsten Argumente der Theoretiker der AAUE. gegen die Partei war, daß sie zentralistisch ist. Der Zentralismus, sogar der demokratische Zentralismus ist ihrer Meinung nach autoritär und bürgerlich, folglich ist auch die Partei eine autoritäre und bürgerliche Organisation. De Früchte dieser anarchistischen und metaphysischen Denkweise war der Föderalismus der AAUE. mit seiner vollständigen Hilflosigkeit. Die zersetzende Wirkung des antiautoritären, föderativen Prinzips zwang seine Theoretiker zur Abkehr von ihm.

„Die Sympathie für den Föderalismus", schreibt die „Einheitsfront", beruht einfach darauf, daß man in ihm die Verneinung des Zentralismus sieht und dann annimmt, er brächte Freiheit und Paradies. Dieser Föderalismus führt dann zu einem Spottbild der Autonomie. Man glaubt proletarisch sozial, antiautoritär zu handeln, wenn man jeden Bezirk, Ort, ja jeder Person Autonomie (Selbstbestimmungsrecht) in allen Fragen zuerkennt. In Wirklichkeit bedeutet es, das Kaisertum abschaffen und an seine Stelle eine Fülle kleiner Fürstentümer setzen. Ueberall entstehen kleine Könige (Funktionäre), die ihrerseits einen Bruchteil der Mitgliedschaft zentralistisch beherrschen. Im ganzen entsteht Zersplitterung und Zerfall. (Nr. 10, 1925.)

Nach dieser vernichtenden Kritik des Föderalismus, die gleichzeitig ein Argument der AAUE. gegen die KAPD. vernichtet, schreibt die „Einheitsfront":

„Es wird immer so sein, daß den aktiven, orthodoxen Kernen der Arbeiterbewegung mehr oder weniger passive, liberalisierende Massen zur Seite und gegenüberstehen. **Der Kern muß eine disziplinierte Truppe darstellen, die nicht weniger straff, sondern straffer als eine Partei es jemals vermöchte, die Gesamtpersönlichkeit des einzelnen erfaßt.** Und die Masse der Unorganisierten? Hier setzt die Tätigkeit des geschlossenen Kernes ein. Es ist seine Aufgabe, durch die orthodoxe Klarheit der marxistischen Methode immer wieder die Außenstehenden zu fesseln und ihnen ein zielklares Handeln aufzuzwingen." (Nr. 7, 1926)

Daraus folgt, daß der demokratische Zentralismus der KAPD. kein bürgerliches Prinzip, und daß die Partei als solche nicht eine bürgerliche Organisation ist; daraus folgt, daß man bei der Bestimmung der Organisationsform nicht von einem absrtakten Prinzip, sondern von den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes ausgehen muß.

(Fortsetzung folgt.)

*) Fortsetzung von Nr. 33 der „KAZ."

„Proletarier"

Die Nr. 6 erscheint am Sonnabend, den 29. Mai.

"Das Juniheft des Proletarier zeigt den englischen Streik im Rahmen des englischen Industrieimperialismus, seine Ursachen und seine Auswirkungen auf das Proletariat und den bewußten und vorbereiteten Verrat der Gewerkschaften. Ferner enthält das Heft die Fortsetzung der Abhandlung über das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das nichts weiter vorbereitet, als was die englischen Gewerkschaften soeben vollbrachten. Die Fortsetzung des „Ursprungs der KPD." zeigt an der Geschichte des Spartakusbundes seit 1917 — anhand einer guten Quellenliteratur der Kriegszeit — die Ursachen auf, weshalb heute der Verlauf der Kämpfe der Arbeiter und der Verrat an ihnen notwendig nicht anders sein kann. Die drei genannten Artikel umreißen rund 10 Jahre Geschichte der Arbeiterbewegung, wie sie in solch präziser und konzentrierter Form bisher noch nicht aufgezeigt wurde. Ein gutes Feuilleton des verstorbenen Bremer Volksschullehrers Johann Knief, das einen proletarischen Führer im Kampf veranschaulicht, Notizen, eine Rubrik „Kunst, Kino, Radio" und eine Bücherschau geben dem gut ausgestatteten Heft über sein aktuelles Interesse hinaus einen bleibenden Wert. Der Preis von 50 Pfennig ist, gemessen an den Preisen anderer literarischer Erzeugnisse, billig zu nennen.

Buchbesprechung

Das Recht auf den eigenen Körper.

In der Schriftenreihe: „Beiträge zum Sexualproblem" (Verlag „Der Syndikalist", Fritz Kater, Berlin O. 34), erschien vor kurzem unter obigem Titel eine kleine Schrift (Preis 40 Pfg.) von Wilhelm Schöffer. Der Verfasser wendet sich nicht nur gegen die Gesetze an sich, die von Schergen des Kapitalismus ersonnen wurden, um unter dem Mantel der Herzlichkeit die anderen Menschen ausnützen zu können, Sondern auch gegen den Menschen „an sich". Gegen seinen Autoritätendusel, seine falsche Scham, die Staat, Kirche, Schule und Elternhaus ihm anerzogen haben.

Wir sind durch unsere Geburt in eine Welt von Vorurteilen Lebensregeln, Bräuchen, Gesellschafts- und Staatsgesetze gesetzt. Die Schule hat uns das Denken abgewöhnt und Dinge gelernt, die wir ver—lernen müssen, um nicht gedankenlos den Lebensreigen nach der Melodie der Tradition weiter zu tanzen.

Daher wendet sich Schöffer mit aller Schärfe gegen die §§ 218, 219, die die Proletarierfrauen weiter zu Gebärmaschinen herabwürdigen, um dem kriegslüsternen Staat das Menschenmaterial zu liefern, der Industrie billige Arbeitssklaven und den Agrarjunkern nicht nur Ochsen vor, sondern auch hinter dem Pflug schaffen.

Der Anarchist ist aber — leider — immer Pazifist. Er klammert sich an Teilprobleme. Uebt nur Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen und weicht dem Kampf gegen diese Gesellschafts u n ordnung aus. Nur mit der Revolution unseres Ich müssen wir anfangen" —? nur „durch eine geistige Revolution" —?

„Wir müssen endlich erkennen, daß eine Macht nicht nur in der Qualität liegt. Und um dies zu erreichen, ist ein Mittel der Rückgang der Geburten. Nur so (?) kann sich das Angebot und die Nachfrage von Arbeitskräften ausgleichen . . ." dem „Deutschland ist reichlich übervölkert, was wir in dem Ueberangebot von Arbeitskräften und den niedrigen Löhnen, die gezahlt werden, merken."

Es klingt reichlich naiv, daß nur „durch Geburtenrückgang und durch das hierdurch entstehende Unterangebot von Arbeitskräften, eine Beschränkung und eine stellenweise Auflösung des Großkapitals erwirkt werden" kann.

Das Großkapital braucht die Reservearmee, um die Löhne zu drücken und die Arbeiterklasse zu er—drücken.

Wir aber brauchen eine qualitative Quantität, d. h. eine geistige Masse, bewußte Klassenkämpfer um die kapitalistische Klasse und ihren Staat zu vernichten.

Erst dann wird auch die Frau, die an sich von dem Sexual-Egoismus des Mannes zum Lustobjekt herabgewürdigt ist, ein gleiches Recht auf ihre Gebärmutter haben, wie jeder Mensch — das Recht auf den eigenen Körper.

Diese kleine Schrift ist trotzdem lesenswert. Denn sie zerschneidet den Lügenmantel der Scheinmoral, die die Betätigung auf Hotelbetten, stundenweise Absteigequartiere und dunkle Hintertreppen gedrängt hat. Selbst die bekanntesten Dinge, können nicht oft genug in die Hirne eingehämmert werden.

Daß die Herrschaft des Proletariats für den Verfasser nur ein „erdichteter Begriff" wie Ehre, Ruhm, Vaterland, Nation ist, der als „Massenpsychose" ganze Völker ergreift und verwirrt, muß man freilich mit in Kauf nehmen.

Heinz Ehm.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, den 3. Juni 1926, abends 7½ Uhr, findet eine

kombinierte Funktionär-Sitzung der Union und Partei

statt. Lokal Pickenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstraße 60.

2. Bezirk. Freitag, den 28. Mai, Mitgliederversammlung, Lokal Oelschläger, Berlichingenstr. 5, abends 7.30 Uhr. Referat über Darwinismus. Sympathisierende haben Zutritt.

16. Unterbezirk (Cöpenick). Am Freitag, den 28. Mai 26, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung, Grünau, Cöpenicker Straße, Ecke Lahmannstraße (Lokal J. Frank). Genossen müssen zahlreich erscheinen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, abends pünktlich 8 Uhr, bei Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20, öffentliche Mitgliederversammlung. Thema: RFB., Rußland — und proletarische Revolution. — **Sympathisierende Gäste willkommen!**

Spandau. Genossen und Genossinnen, die mit dem Gedanken der KAP. und AAU. sympathisieren, treffen sich Donnerstags, abends 7.30 Uhr, bei Wagner, Lokal Wasserturm, Falkenhagener Straße. Daselbst ist auch unsere Presse zu haben.

Rathenow. Kampfruf und KAZ. sind zu beziehen durch W. Kleve, Gr. Burgstr. 46. — Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Oeffentliche Gruppenabende

Norden: Jeden Donnerstag im Lokal Eyser, Dunckerstr. 88, abends 7.30 Uhr.

Osten: Jeden Mittwoch im Jugendheim Lichtenberg, Dossestraße 22, abends 7.30 Uhr. Laufender Kursus über „Grundsätze des Kommunismus".

Charlottenburg: Jeden Montag im Jugendheim Rosinenstraße, abends 7.30 Uhr. Am Montag, den 17. Mai, „Rußland und der Kommunismus".

Partei- und Unionsgenossen! Helft am Aufbau unserer Jugend. Schickt Eure Kinder zu uns.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sals, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 42

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Elendswelle steigt
Und was tun die Gewerkschaften und Parlamentsparteien?

Die Wirtschaft der ganzen Welt ist von einer Krise erschüttert, wie das Zeitalter des Kapitalismus noch keine kennt. Die große Masse der Arbeiterbevölkerung leidet Not, entbehrt das Notdürftigste. Der Selbstmord aus Hunger ist zu einer stehenden Rubrik in der Tagespresse geworden, obwohl die meisten verschwiegen werden. Die Hungerkrankheiten haben in den wenigen Nachkriegsjahren mehr Opfer gefordert als der Weltkrieg selbst. Millionen Arbeitswillige schreien nach Arbeit, nach Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse. Und auf der anderen Seite werden Betriebe über Betriebe geschlossen, werden immer neue Tausende dem Pflaster überantwortet, ins Elend gestoßen; der weiße Tod frißt ganze Proletariergenerationen. Die Arbeitslosigkeit ist international, reicht soweit wie die gierigen Fangarme des Kapitalismus selbst.

Selbst in Ländern wie Asien, Afrika, Südamerika, wo fruchtbarer Boden und tropisches Klima, wo die Natur dem Menschen gegen geringfügige Arbeiten ihre Früchte in verschwenderischer Fülle immer in den Schoß warf, verhungern die Lohnsklaven in harter Fron oder arbeitslos, weil der Kapitalismus, wie in Europa, Grund und Boden, Produktionsmittel, die Arbeiter beherrscht. Weil die Widersprüche des Profitsystems sich so zugespitzt, sich so verstrickt haben, daß der Kapitalismus lieber Hunderttausende verhungern lassen muß, da ihm ihre Ernährung nicht mehr genügend Profit abwirft. Selbst der junge Kapitalismus in Rußland — mit dessem riesigen Warenhunger — hat hunderttausende und aberhunderttausende Arbeiter aus den Betrieben geworfen, weil es ihm an — Absatz mangelt! Ist das nicht Irrsinn? Ist das kein Hohn auf den gesunden Menschenverstand? Selbst Nordamerika (Vereinigte Staaten), der Sieger des Weltkrieges, der Eroberer aller Weltmärkte, der Bankier der ganzen Welt, wo die Technik zu schwindelnder Höhe gediehen ist, wo Staat und Bourgeoisie buchstäblich im Golde schwimmen, selbst in diesem Nordamerika sind 2 Millionen Arbeitslose! Die Textilindustrie, die Autoindustrie u. a. schränken die Produktion ein, entlassen Arbeiter, weil die Märkte teils überfüllt sind, teils ihrer Sättigung entgegengehen. Die Elendswelle durchrast die ganze Welt und droht die Mehrzahl der Arbeiterbevölkerung zu verschlingen.

In Deutschland steigt die Arbeitslosigkeit, jetzt, im Frühjahr! Wo in sonstigen Jahren die Arbeitslosigkeit stets schnell sank, wo Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft, Baugewerbe, die Industrien der Steine und Erden und andere Bauhilfsindustrien und Saisongewerbe immerhin hunderttausende Arbeitslose eingestellt haben. Die Industrien, die Maschinen und Werkzeuge und Bedarfsmittel für den Konsum herstellen, entlassen aber laufend mehr Arbeiter als die Saisonindustrien einstellen. Die Arbeitslosigkeit steigt! Wo in den letzten Wochen von den Landesarbeitsämtern gelegentlich geringere Ziffern der Unterstützungsempfänger gemeldet wurden, beruht dies darauf, daß den Erwerbslosen die Unterstützung entzogen wurde. Wer mit der Stempelkarte nach der „Fürsorge" wandert, um die Bettelpfennige abzuheben, sieht dies täglich mit eigenen Augen. Das kann auch nicht weggelogen werden durch die Schwindeleien von der Gesundung der Wirtschaft durch sogenannte Arbeiterblätter.

Die Berichte des Berliner Arbeitsamtes bestätigen dies ungewollt. Für die Woche vor Pfingsten werden 246 376 Arbeitslose gemeldet gegen 244 652 der Vorwoche. Das bedeutet eine Zunahme von 1724. Die Ziffer der Unterstützungsempfänger aber stieg nur um 597 auf rund 189 000. Es wurden also in einer Woche weit über 1000 Erwerbslosen mehr die Unterstützung entzogen, als aus den Betrieben geworfen wurden. (Und mehr als 57 000 nebst Familienangehörigen bekamen keinen Pfennig.) In der Woche vorher meldete das Berliner Arbeitsamt einen Rückgang der Arbeitslosenziffer um 260, aber eine Steigerung der Unterstützienziffer um 700. Wieder ein Beweis, daß die Arbeitslosenziffer nicht zurückging, sondern daß mehr Arbeiter entlassen wurden, als die „Fürsorge" Unterstützungen strich. Nach dieser Praxis ist es zu verstehen, daß in der ersten Maihälfte im ganzen Reich die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger von 1 782 000 auf 1 743 000 oder um 2 Prozent „sank"; es wurden 39 000 Arbeitslosen die Unterstützung entzogen. Das ist die ganze Kunst der „Statistik".

Und was tun die Gewerkschaften gegen die Massenverelendung? Die Bourgeoisie schreit über das „faule Arbeiterpack", das nicht arbeiten will und von der „Fürsorge" herrlich und in Freuden lebt. Als getreue Kettenhunde der Ausbeuter haben die Gewerkschaften darauf im Reichwirtschaftsrat einen Antrag gestellt und durchgebracht, daß die Unterstützungssätze nach den früher bezogenen Löhnen gestaffelt werden. Die neuen Sätze werden für das Gros aller Arbeitslosen eine Herabsetzung bedeuten. Nur eine kleine Schicht hochqualifizierter Spezialarbeiter wird eine Kleinigkeit mehr bekommen. Nur an der Erhaltung der letzteren hat der Kapitalismus ein Interesse, die große Masse kann krepieren. Die Staffelung bedeutet eine Zerreißung einer jetzt möglichen Klassenfront der Arbeitslosen.

Durch ihre Tarifpolitik haben die Gewerkschaften schon die Klassenfront in den Betrieben zerrissen, indem sie Stundenlöhne von 50 Pfennig und weniger und von 1,30 Mark und mehr für erwachsene Arbeiter vereinbaren. Gegen die große Lohnkürzungsaktion haben die Gewerkschaften nicht nur nichts unternommen, im Gegenteil, sie unterstützen sie. Die kleinen Sonderaktionen und lokalen und Gruppenstreiks bedeuten nichts weiter als eine Verhinderung von großen Massenaktionen, als eine gruppenweise abwechselnde Niederknüppelung der Arbeiter. Die Gewerkschaften können es nicht zu größeren Streiks kommen lassen, denn das würde größeren Ausfall von Gewerkschaftsbeiträgen bedeuten, würde die Unterhöhlung der Existenz des großen Beamtentrosses bedeuten.

Der Wirtschaftsfrieden mit seiner Massenverelendung als Folge ist für die Gewerkschaften Lebensnotwendigkeit. Diese Notwendigkeit diktierte den Gewerkschaften den eben vollzogenen hinterhältigen Verrat an den englischen Bergarbeitern. Die englischen Gewerkschaften konnten nicht den Generalstreik durchführen, weil der Beamtentroß die Beiträge zu seinen Gehältern nötig hat. Die deutschen Gewerkschaften konnten aus denselben Gründen keine aktive Solidarität leisten. Ja, sie griffen nicht mal in die Kassen, um aus Solidarität mit dem englischen Gewerkschaftsbeamtenapparat, aus Solidarität mit dem englischen Kapital die englischen Bergarbeiter in die Gruben zu peitschen.

Um bei sinkendem Absatz und eingeschränkter Produktion noch Profite zu machen, wird die Technik immer mehr verbessert, wird — in einzelnen Betrieben — die Produktion gesteigert, werden immer mehr Betriebe stillgelegt, werden immer neue Massen aufs Pflaster geworfen. Nach Beendigung der Sommer-Saisonarbeiten muß die Arbeitslosigkeit zur Sturmflut, zur Katastrophe anwachsen. Der Lohnausfall der Millionenheere verschärft die Krise, der Kapitalismus wird die Rationalisierung beschleunigen, die Löhne noch mehr kürzen, noch mehr Betriebe werden geschlossen, die Arbeitslosenflut gesteigert, die Elendswelle wird riesenhafte Dimensionen annehmen. Schon jetzt erklären die Gewerkschaften, daß sie in der jetzigen Krise die Lage der Arbeiterklasse nicht verbessern können. Wie im Kriege, wie in der Revolution, wie bei allen größeren Arbeitskämpfen, werden die Gewerkschaften bei den notwendig eintretenden Hungerrebellionen auf seiten des Kapitals, auf seiten der Soldateska stehen, werden sie die Arbeiter niederknüppeln.

Gegen die kommenden Ereignisse muß sich das Proletariat rüsten. Nicht nur die Gewerkschaften zersplittern die Arbeiterklasse in hunderte Gruppen und Grüppchen. Die parlamentarischen Arbeiterparteien verschwenden ihre ganze Kraft, die Proletarier von den Ursachen des Elends, von deren Beseitigung abzulenken. Nichts anderes bedeutet die Fürstenenteignungskampagne, die Beschäftigung der Proletarier mit Lächerlichkeiten, die mit Klassenkampf nichts gemein haben, die wohl den Zweck der Drahtzieher erfüllen — die Ermüdung der Arbeiter, die Uebertönung des Hungers, die Erhaltung der kapitalistischen „Ruhe und Ordnung", die den Hungertod von Millionenheeren einleitet. Abgesehen davon, daß die kapitalistische Republik nie eine Kapitalistenschicht enteignen wird. Die mit militaristischem Geist und Rekrutendisziplin erfüllten Organisationen wie Reichsbanner und RFB. können wohl Instrumente werden, die hinter ihnen stehenden Parteien in die Regierung des kapitalistischen Staates zu bringen. Nie aber für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Joche, nie Instrumente der proletarischen Revolution.

Die parlamentarischen „Arbeiterparteien", die in ihnen regierenden gehobenen Existenzen haben ein Interesse an der Erhaltung der Ausbeutung, da nur dieses System ihre gehobenen Existenzen, ihre Herrschergewalt garantiert.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Zuchthaussystem kapitalistischer Ausbeutung setzt voraus selbständiges Denken und Handeln jedes Einzelnen, setzt voraus die Zertrümmerung aller Organisationen, die auf Rekrutengehorsam und gehobenen Führerexistenzen aufgebaut sind. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert Organisationen, in denen die Arbeiter selbst bestimmen, mit denen die Arbeiter kämpfen können, wenn ihnen der Kampf aufgezwungen wird. Diese Organisationen können nur in den Betrieben und Arbeitsnachweisen erstehen. Jeder Betrieb, jeder Nachweis eine geschlossene Kampfphalanx, geleitet durch den Willen der Belegschaft, durch die Mutigsten und besten Köpfe des Betriebes. Diese Organisationen zusammengeschweißt zu Kampfkindern über ganze Bezirke, zu einer einzigen Front über das ganze Reich. Das ist die Klassenorganisation in den Händen der Proletarier, wie sie schon heute in den Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union im Werden begriffen ist. In diese Organisationen gehört schon heute jeder Proletarier, der die Aussichtslosigkeit der von Gewerkschaften und Parlamentsparteien angewendeten Mittel erkennt.

Die KPD.-Linke und ihr Programm

Am 16. Mai tagte in Hannover der Parteitag der KPD.-Opposition (Linke KPD.) des Bezirks Niedersachsen. Auf diesem Parteitag wurde auch eine Klärung zwischen der Gruppe Korsch einerseits, und Katz anderseits herbeigeführt. Der Parteitag nahm eine Resolution an, die folgendermaßen lautet:

„1. Die linke KPD. propagiert den revolutionär-marxistischen Klassenkampf zur Beseitigung des privat- und staatskapitalistischen Wirtschaftssystems und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats als des nächsten Zieles auf dem Wege zur klassenlosen, auf Bedarfsdeckung eingestellten Gemeinwirtschaft in der kommunistischen Gesellschaft.

2. Die linke KPD. will alle bürgerlich-demokratischen Illusionen im Proletariat zerstören, in erster Linie den bürgerlich-kapitalistischen Parlamentarismus und die gelben Amsterdamer Gewerkschaften, diese letzten Bollwerke gegen die soziale Revolution. Die linke KPD. unterstützt an ihrer Stelle die roten gewerkschaftlichen Kampfverbände. Die linke KPD. bekämpft die Beteiligung am bürgerlich-kapitalistischen Parlamentarismus und jede direkte und indirekte Unterstützung der staatlichen Herrschaftsinstrumente.

3. Die linke KPD. erstrebt eine geschlossene Front des klassenbewußten Proletariats auf dem Boden des Rätesystems aus den Betrieben heraus. Die organisatorische Grundlage dafür ist die Sicherung des restlos durchgeführten Willensausdrucks der Mitgliedschaft. Jede Bevormundung durch Führercliquen und Parteidiktatur ist abzulehnen, dafür die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats zu fördern.

4. Die linke KPD. kämpft unter begeisterter Anerkennung der ruhmvollen Taten des russischen Proletariats von 1917 und der Rolle der KPD. als Bannerträgerin der Revolution unter Führung Lenins gegen die jetzige nationale und internationale Politik des russischen Staates und der Kommunistischen Internationale als eine bürgerlich-kapitalistische Politik, die unter Mißbrauch der Autorität aus jener Zeit der heldenhaften Oktoberrevolution das europäische Proletariat zu Vorspanndiensten benutzt für die Kulakenwirtschaft und die NEP. des russischen Staatskapitalismus. Die linke KPD. erklärt aber ihre brüderliche Solidarität mit den gegen NEP. und Kulaken kämpfenden russischen Arbeitern und Bauern.

5. Die linke KPD. erstrebt Zusammenarbeit mit den auf gleichem Boden stehenden linkskommunistischen Organisationen in Deutschland und allen übrigen Ländern zum Sturz des Weltimperialismus und zur Aufrichtung der Räteherrschaft des Weltproletariats."

Die Gruppe Korsch-Schwarz trat gegen diese Resolution auf. In einem Rundschreiben an ihre Anhänger erklärt sie, daß sie sich mit dieser Resolution nicht einverstanden erklären könne, daß diese Auffassung zu „mechanisch" wäre. Die Korsch-Gruppe nimmt aus „taktischen" Gründen keine Stellung zu den Gewerkschaften, keine Stellung zur Frage des Parlamentarismus, zur „Roten Hilfe" und „Roten Frontkämpferbund". Sie wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Aufwerfung gerade der Fragen die zu einem prinzipiellen Gegensatz zur KPD. führen könnten. Ihre Stellung zur Frage Rußland und seiner Entwicklung erfährt durch die dauernde Wiederholung der Forderung: „Revolutionierung der 3. Internationale", eine ganz eigenartige Beleuchtung. Diese Forderung hat nur für den Sinn, der die Möglichkeit einer kommunistischen Entwicklung in Rußland in ökonomischer Beziehung